villa nostra 1/2023

Weißenburger Blätter

Geschichte · Heimatkunde · Kultur

Januar 2023

WEIßENBURG
in Bayern

Inhalt:

Reiner Kammerl:
***„... in der insbesondere auch für unsere Hausfrauen schrecklichen Inflationszeit“* – Krisenjahr und Inflation 1923 in Weißenburg,**
S. 5

Titelbild:

Auswahl Weißenburger Notgeldscheine.
Abgebildet ist
- der erste Inflationsgeldschein der Stadt Weißenburg vom 1. Dezember 1922 im Wert von 100 Mark (Vorderseite als Hintergrund, Rückseite mit dem Alten Rathaus als Bildmotiv rechts in der Bildmitte, vgl. S. 20 ff.) mit der aufgedruckten Aufwertung auf 10 Milliarden Mark (26. Oktober 1923);
- ein Gutschein über 500.000 Mark der Weißenburger Ofenfabrik Wilhelm Böttcher mit einer Stadtansicht als Bildmotiv (Format 8,9 x 14,1 cm), datiert 24. August 1923 (Vorder- und Rückseite links unten vgl. S. 33, Foto: Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung München);
- ein formloser Gutschein über 300.000 Mark der Weißenburger Email- & Blechwarenfabrik Staudinger & Müller (Format 11,0 x 17,1 cm), datiert 17. August 1923 (vgl. S. 30, Foto: Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung München).

villa nostra – Weißenburger Blätter
Geschichte · Heimatkunde · Kultur
1/2023

Impressum:

Herausgeber: Große Kreisstadt Weißenburg i. Bay., Neues Rathaus, 91780 Weißenburg i. Bay., Tel.: 09141/907102, Fax: 09141/907138 (Büro des Oberbürgermeisters) E-Mail: stadt@weissenburg.de Internet: http://www.weissenburg.de

Erscheinungsweise: dreimal jährlich (Januar, Mai, September)

Auflage: 2500

Schriftleitung v.i.S.d.P.: Dipl.-Archivar (FH) Reiner Kammerl, Stadtarchiv, Neues Rathaus, Tel.: 09141/907222, Fax: 09141/907227, E-Mail: stadtarchiv@weissenburg.de

Redaktion und Konzeption: Reiner Kammerl, Jürgen Schröppel

Beitrag: Reiner Kammerl

Abbildungen: Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung München, Privatbesitz und (nicht eigens angegeben) Stadtarchiv Weißenburg i. Bay.

Satz und Druck: Buch- und Offsetdruckerei Braun & Elbel, Weißenburg i. Bay.

Die *„villa nostra – Weißenburger Blätter“* sind kostenlos erhältlich in den bekannten Verteilerstellen der Stadtverwaltung (u. a. Neues Rathaus, Amt für Kultur und Touristik, Stadtbibliothek), im Weißenburger Museumsshop, im Kundenzentrum der Stadtwerke GmbH, in den Weißenburger Geschäftsstellen der Sparkasse sowie den örtlichen Buchhandlungen und Banken.

Bei Bedarf, soweit von Institutionen oder Gewerbebetrieben Exemplare zur Auslage in Wartezimmern o. Ä. gewünscht, oder auch falls frühere Ausgaben ganz oder teilweise benötigt werden, wenden Sie sich bitte an das Stadtarchiv oder das OB-Büro.

Nachdruck und digitale Verbreitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

© Stadt Weißenburg bzw. Verfasser der Beiträge.

„Gebt soviel ihr könnt!“

Im Zusammenhang mit der Einrichtung eines *„Weißenburger Hilfswerks“* appellierte der damalige Bürgermeister Karl Danler am 28. November 1923 öffentlich zur Unterstützung der Notleidenden.

Das tägliche Leben gerade in der Hochphase der Inflation ab Sommer 1923 ist für uns heute kaum vorstellbar. Nicht einmal annähernd zu vergleichen sind damit die teilweise leeren Regale zu Beginn der Corona-Krise oder die aktuellen Preissteigerungen auf dem Energiesektor.

Die Leidtragenden waren wie immer die Bürger. Sie mussten das Geld schnell ausgeben – wenn sie überhaupt welches bekamen –, um mit Glück dafür Lebensmittel oder sonstige Waren zu ergattern. Die mit Hochleistung arbeitenden Notenpressen der Reichsbank konnten gar nicht genug Papiergeld drucken. In der Provinz kam davon, wenn überhaupt, erst mit zu großer Verspätung etwas an und war von der Preisexplosion schon wieder überholt. Die Ausgabe von Schecks oder Gutschreibung auf die Konten waren genauso wenig hilfreich, denn die Banken hatten keine Geldscheine, die sie hätten ausgeben können. Folglich blieb der Stadt und den größeren Industriebetrieben gar keine andere Wahl, als selbst Ersatzgeld in Form von Gutscheinen zu drucken, um ihre Löhne auszahlen zu können – egal ob mit oder ohne Genehmigung der Reichsbank. Die anfangs noch ansprechend bzw. künstlerisch und bemüht fälschungssicher gedruckten Scheine wurden schnell zur inflationären Massenware.

Hundert Jahre nach der *„Hyperinflation“* des Jahres 1923 soll mit dem Beitrag von Stadtarchivar Reiner Kammerl ein Einblick in die damalige Zeit und – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – ein Überblick über das hier kursierende lokale *„Notgeld“* gegeben werden. Der Titel lehnt sich bewusst an jenen von Max Wagner in der letzten Ausgabe an (Krisenjahre und Revolution 1848/1849).

Im Bereich des Geldersatzes der hiesigen Betriebe gibt es große Lücken im archivischen Sammlungsbestand. Wer also über die hier abgebildeten Gutscheine hinaus noch welches besitzt, ist aufgerufen, davon Scans oder Farbkopien unserem Stadtarchiv zur Verfügung zu stellen.

Übrigens hat man hier schon früher einmal Notgeld ausgegeben. Fast genau 400 Jahre ist das her, dass die Reichsstadt Weißenburg im Jahr 1622, zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, eigene Münzen geprägt hat. Das war mutig, denn sie besaß kein eigenes Münzregal, also kein vom deutschen König als ihrem Stadtherrn verliehenes Recht. Der war bekanntlich anderweitig beschäftigt, und es ist fraglich, ob er vom Vergehen „seiner“ – zu seinem Verdruss auch noch protestantisch gewordenen – Reichsstadt überhaupt wusste. Hintergrund war die damals weit verbreitete Unsitte vieler Münzstätten, gutes Geld einzuschmelzen und daraus geringhaltigere Silbermünzen mit gleichem Nennwert zu prägen. In dieser sogenannten *„Kipper- und Wipperzeit“* war eine Unmenge jener schlechten Münzen in Umlauf. So beschloss unser Rat im Jahr 1622, dem Beispiel anderer Städte folgend, eigene Kleinmünzen in Nürnberg prägen zu lassen und auszugeben. Einige dieser Kupfermünzen (Kreuzer und Pfennige) haben sich samt Prägestock (Walze) im ReichsstadtMuseum erhalten.

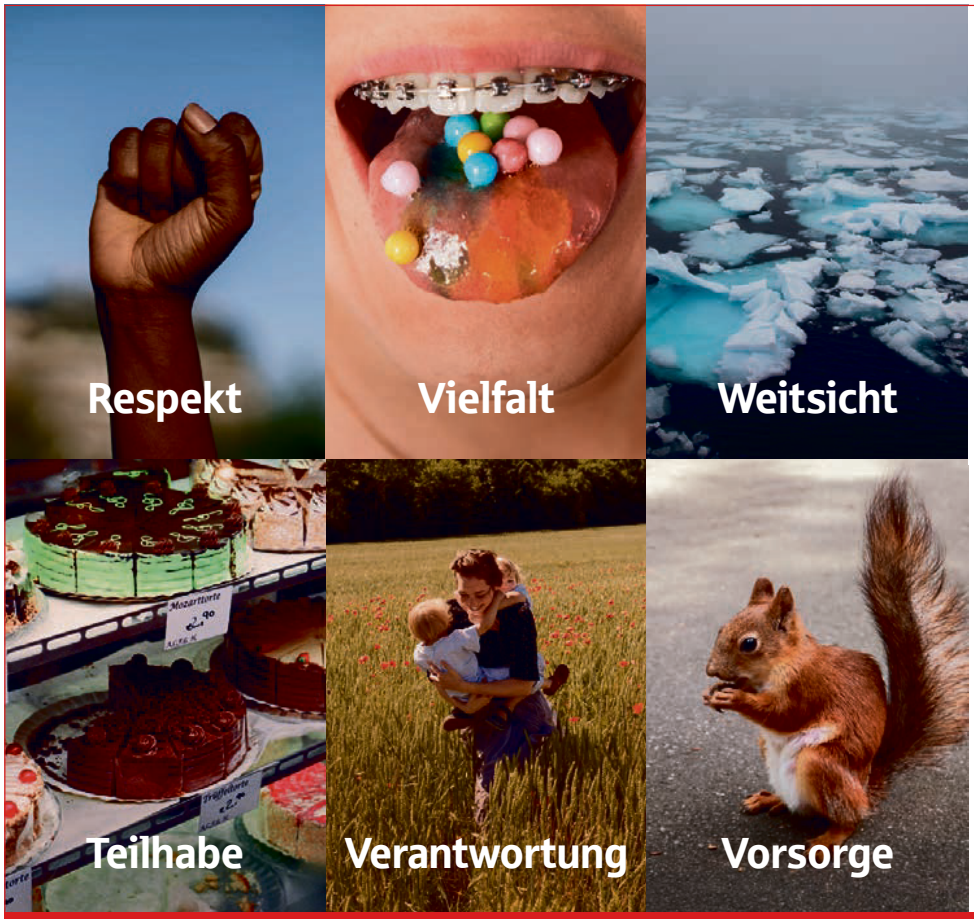
Wir wünschen Ihnen zum Jahreswechsel alles Gute für das Jahr 2023.

Ihr

Jürgen Schröppel
Oberbürgermeister

Ihr

Reiner Kammerl
Stadtarchivar



Weil's um mehr als Geld geht.

Wir setzen uns ein für das, was im Leben wirklich zählt. Für Sie, für die Region, für uns alle.

Mehr auf spkmfrs.de

Sparkasse Mittelfranken-Süd

„... in der insbesondere auch für unsere Hausfrauen schrecklichen Inflationszeit“ – Krisenjahr und Inflation 1923 in Weißenburg

Reiner Kammerl

Der Erste Weltkrieg markiert eine tiefgreifende Zäsur in der deutschen Finanzpolitik. Schon vorher versucht die Reichsbank durch verstärkte Ausgabe von Papiergeld (Banknoten) und das Zurückhalten von Goldmünzen eine Rücklage zu bilden. Mit Kriegsbeginn (am 31. Juli 1914) stellt die Reichsbank die Einlösung von Banknoten in Goldmünzen ein, d. h. damit (mit Gesetzen vom 4. August legitimiert) endet die Goldwährung und sie wird von der Papierwährung abgelöst.[1]

Der Krieg mit seinen unvorstellbaren Materialschlachten verschlingt unglaublich viel Geld. Die erwähnten Rücklagen reichen nur wenige Tage. Die Notenpressen werden – nicht nur in Deutschland – angeworfen, um den Staatshaushalt zu finanzieren.

Nicht vergessen darf man dabei, dass das deutsche Kaiserreich den Krieg zu beinahe zwei Dritteln über die Ausgabe von *„Kriegsanleihen“* finanziert. Insgesamt neun Ausgaben (vgl. Abb. 1) zwischen 1914 und 1918 bringen 98 Milliarden Mark ein. Die Anleihen zeichnen alle Bevölkerungsschichten, aber auch Kommunen und öffentliche Einrichtungen. Die zunehmend sinkende Begeisterung geht parallel mit steigender Bewerbung. Die Anleihen sind unkündbar und langfristig angelegt (bis 1924). Damit ist deren Tilgung durch den inflationären Wertverlust der Mark bis 1923 ohne Schwierigkeiten möglich.[2] Der einfache Bürger hat also in erheblichem Maße den Krieg bezahlt in der Hoffnung auf rentable Rückerstattung – und sein geliehenes Geld in der Inflation praktisch verloren.

Um die Preisexplosion zu dämmen, setzt der Staat Höchstgrenzen für Artikel des täglichen Bedarfs fest. Ab 1915 werden alle wichtigen Güter rationiert und nur noch gegen Bezugsscheine ausgegeben. Die Illusion einer stabilen Währung versucht man so mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.[3]

Bei Kriegsbeginn hat man, selbstverständlich, mit einem Sieg gerechnet und die Kriegskosten sollten dann die Kriegsgegner zahlen – wie 1871, als mit den Reparationen die Industrialisierung Deutschlands erst so richtig angelaufen ist.

Am Ende des Krieges ist der Staat bankrott. Jetzt sind zu den Staatsschulden und den zur Rückzahlung anstehenden Kriegsanleihen noch die durch den Versailler Vertrag auferlegten Reparationen an die Siegerstaaten hinzugekommen. Um diesen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, druckt die Reichsregierung immer

1 Dietrich O. A. Klose, Die Mark – ein deutsches Schicksal. Geschichte der Mark bis 1945, München (Staatliche Münzsammlung) 2002, S. 53.
2 wikipedia.org; Aufruf vom 20.09.2022.
3 Vgl. Thomas Wägemann, Weißenburg im Ersten Weltkrieg. Ausgewählte Beispiele zu Alltag und Leben in einer bayerischen Kleinstadt 1914-1918, in: „villa nostra“ 3/2018, S. 5-23.

Abb. 1: Werbeplakat zur Zeichnung der Kriegsanleihe, 1918.

mehr Geld, ohne dass es dafür einen Gegenwert als Deckung vorweisen kann. Ein Kreislauf von Geldentwertung und zunehmender Preissteigerung beginnt: die Inflation. Wer kann, der versucht seinen Lohn sofort wieder auszugeben und Vorräte anzulegen. Am härtesten trifft es deshalb jene, die ihren Lohn erst am Monatsende ausbezahlt bekommen. Oft verlieren die privaten Haushalte in wenigen Tagen all ihre Ersparnisse und Rücklagen, darunter auch die wie erwähnt wertlos gewordenen Kriegsanleihen.

Vorteile gibt es für Privatkredite, z. B. bei vor der Inflation abgewickelten Hauskäufen, denn die Kaufpreise sind damit eigentlich getilgt. Auch der Staat profitiert nachhaltig. Mit der Einführung der *„Rentenmark“* ab November 1923 als Reichswährung (ab Oktober 1924 folgt die *„Reichsmark“*) belaufen sich die einst milliardenschweren Kriegsschulden plötzlich auf weinige Pfennige.[4]

Als Resümee bleibt die Tatsache, dass die Inflation von 1923 eindeutig eine Spätfolge des Ersten Weltkriegs ist.

Das Leben mit der Inflation in Weißenburg

Die Preisexplosion ab Sommer 1923 ist unvorstellbar. Gerade die kleineren Scheine haben bald mehr Wert als Altpapier oder Heizmaterial (vgl. Abb. 2).

Immerhin sind einzelne Bereiche weniger betroffen, wie z. B. die Mieten, die im Vergleich langsamer steigen. Aber die Lebenshaltungskosten vervielfachen sich rasant. Ausgehend vom Vorkriegswert 1913 liegen sie im Dezember 1920 schon beim 12-Fachen, ein Jahr später beim 19-Fachen, im Dezember 1922 beim 1.120-Fachen, Ende November 1923 ist die Quote mit 1.535 Milliarden angegeben.[5]

4 *Seine gesamten Kriegsschulden in Höhe von 154 Milliarden Mark beliefen sich, als am 15. November 1923 die neue Währung Rentenmark eingeführt wurde, auf gerade einmal 15,4 Pfennige* (www.wikipedia.org; Aufruf vom 14.09.2022).

5 Klose, a. a. O., S. 65 f.

Parallel zur Inflation wird im Herbst 1923 die Lebensmittelversorgung immer schwieriger. Als Beispiel sei hier ein städtischer Kartoffeleinkauf in Stettin im Oktober 1923 angeführt.[6] Der Bedarf der Stadt wird mit 2.000 Zentner angenommen. Ende September werden dafür 80 Millionen Mark pro Zentner bereitgestellt und mit der Firma Loewe in Stettin ein Kaufvertag über 6.000 Zentner abgeschlossen. Franz Brednow (Besitzer der *„Kunstmühle Silbermühle“*) wird nach Stettin geschickt, um bei der Verladung (Bahn) dabei zu sein und gleich zu bezahlen. Die ihm mitgegebenen Schecks (im Wert von 60 Milliarden Mark) können vor Ort nicht eingelöst werden, aber die Stadt erreicht die Überweisung von 100 Milliarden Mark durch die Bayer. Girozentrale an die Deutsche Bank nach Stettin an Händler Loewe, auf dessen Konto sie am 5. Oktober eingehen. Weil die Tagespreise inzwischen weit höher sind, will dieser das Geld zurückgeben und nichts herausgeben.[7] Irgendwie schafft es Brednow dann doch, dass am 10. Oktober zwei Waggons verladen sind und abfahren. Da man damit rechnet, dass zeitnah die bestellten weiteren Mengen (2.000 Zentner) kommen, wird der zuerst in Weißenburg eintreffende Waggon (265 Zentner) gleich ausgegeben, und zwar an die Familien A - D jeweils komplett deren angemeldeter Bedarf.

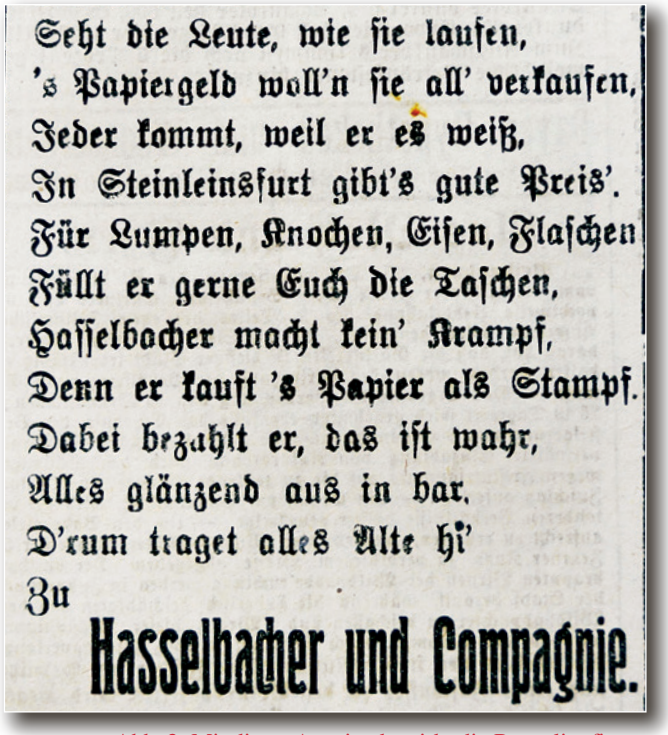
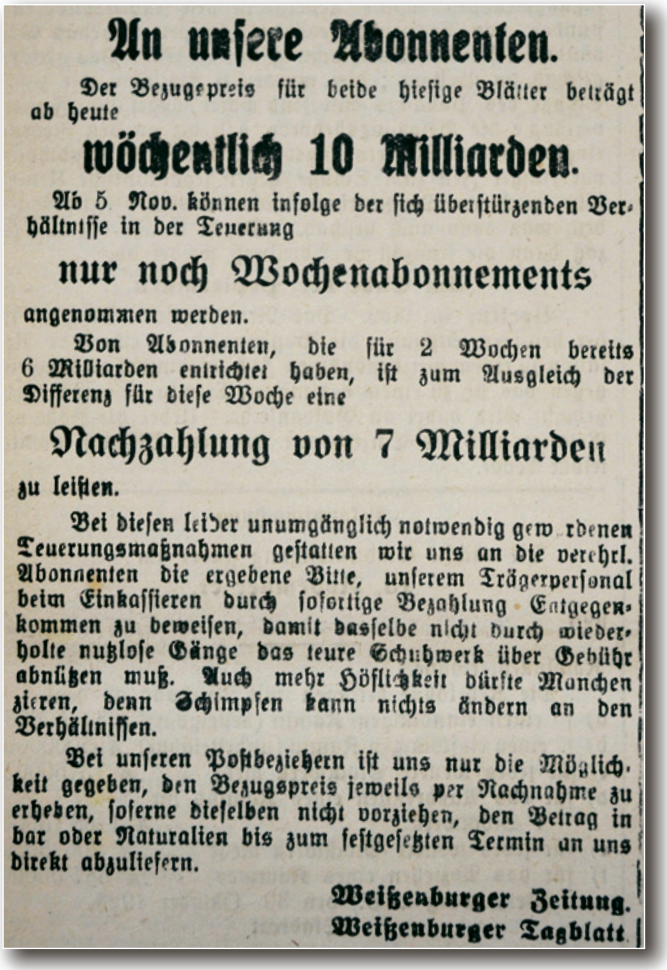

Seht die Leute, wie sie laufen,
's Papiergeld woll'n sie all' verkaufen,
Jeder kommt, weil er es weiß,
In Steinleinsfurt gibt's gute Preis'.
Für Lumpen, Knochen, Eisen, Flaschen
Füllt er gerne Euch die Taschen,
Hasselbacher macht kein' Krampf,
Denn er kauft 's Papier als Stampf.
Dabei bezahlt er, das ist wahr,
Alles glänzend aus in bar.
D'rum traget alles Alte hi'
Zu
Hasselbacher und Compagnie.

Abb. 2: Mit dieser Anzeige bewirbt die Recyclingfirma Hasselbacher u. a. den Ankauf von wertlosem Papiergeld als Altpapier (*„Weißenburger Tagblatt“* vom 25. Oktober 1923).

Gegenstand	Okt. 14	Okt 15	Okt 16	Okt 17	Juli 18	Juli 19	Okt 20	Okt 21	Okt 22	Okt 23	Nov 23
Rindfleisch, 1 kg	1,70 M	2,32 M	4,50 M	3,65 M	3,70 M	4,68 M	24 M	26 M	409,95 M	3 Mrd.M	2,60 GM
Butter, 1 kg	2,82 M	4,57 M	6 M	4,80 M	4,99 M	8 M	25 M	50 M	1.006,14 M	12 Mrd. M	6 GM
Kartoffeln, 1 kg	4,03 M	4,05 M	9 m	8 M	10 M	12 M	32,50 M	70 M	657 M	1,5 Mrd. M	6 GM
Butter Brot, 1 Kg.	0,30 M	0,38 M	0,40 M	0,38 M	0,40 M	0,53 M	2,50 M	3,50 M	17 M	6.808,5 M	0,58 GM

Abb. 3: Übersicht über die Entwicklung ausgewählter Lebensmittelpreise; Angaben in Mark (M) und Goldmark (GM).

6 Stadtarchiv Weißenburg i. Bay. (im Folgenden: StadtA Wßbg), Stadtratsprotokoll vom 16.10.1923, Vortrag Nr. 542.
7 Inzwischen wollen die Bauern Goldmark sehen und rechnen den Preis mit 2 - 2,5 Goldmark/Zentner.



An unsere Abonnenten.

Der Bezugspreis für beide hiesige Blätter beträgt ab heute

wöchentlich 10 Milliarden.

Ab 5. Nov. können infolge der sich überstürzenden Verhältnisse in der Teuerung

nur noch Wochenabonnements

angenommen werden.

Von Abonnenten, die für 2 Wochen bereits 6 Milliarden entrichtet haben, ist zum Ausgleich der Differenz für diese Woche eine

Nachzahlung von 7 Milliarden

zu leisten.

Bei diesen leider unumgänglich notwendig gewordenen Teuerungsmaßnahmen gestatten wir uns an die verehrl. Abonnenten die ergebene Bitte, unserem Trägerpersonal beim Einkassieren durch sofortige Bezahlung Entgegenkommen zu beweisen, damit dasselbe nicht durch wiederholte nutzlose Gänge das teure Schuhwerk über Gebühr abnützen muß. Auch mehr Höflichkeit dürfte Manchen zieren, denn Schimpfen kann nichts ändern an den Verhältnissen.

Bei unseren Postbeziehern ist uns nur die Möglichkeit gegeben, den Bezugspreis jeweils per Nachnahme zu erheben, soferne dieselben nicht vorziehen, den Betrag in bar oder Naturalien bis zum festgesetzten Termin an uns direkt abzuliefern.

Weißenburger Zeitung.
Weißenburger Tagblatt.

Abb. 4: Ankündigung des Wochenpreises für die Zeitungsabonnements ab 5. November („*Weißenburger Tagblatt*“ vom 18. Oktober 1923).

Dann kommt aber nur noch ein Waggon. „*Das ist sehr bedauerlich, weil sich die Haushalte von E – Z dadurch benachteiligt fühlen.*“ Also verteilt man den zweiten Waggon (312 Zentner) an alle Haushalte E-Z in kleineren Mengen, damit jeder wenigstens etwas erhält. Dann wird die Kartoffelausfuhr aus Norddeutschland komplett gesperrt und von dort kommt nichts mehr.

Auf dem Höhepunkt der Inflation fühlen sie die hiesigen Einzelhändler verpflichtet, im „*Weißenburger Tagblatt*“ am 30. November 1923 darauf hinzuweisen, dass nicht sie, sondern „*Industrie und Großhandel*“ für den Preisverfall verantwortlich sind.

Zur Preisexplosion bei den wichtigsten Lebensmitteln sei hier eine kleine Auswahl angegeben (Abb. 3).[8]

Zum Vergleich lohnt sich ein Blick auf die Abonnementspreise des „*Weißenburger Tagblatts*“.[9] Am 29. Juni 1923 zahlt man bereits 6.000 M/Monat, am 30. Juli schon 20.000 M/Monat, am 15. August sind es 70.000 M/Monat und am 2. Oktober stolze 800.000 M/Monat und am 18. Oktober 30 Millionen Mark. Ab 5. November müssen die Leser schon wöchentlich zahlen, nämlich 10 Milliarden (vgl. Abb. 4), am 12. November 40 Milliarden. Am 17. November erhöht sich die Gebühr auf 100 Milliarden/Woche und am 23. November werden umgerechnet 1,80 Goldmark angesetzt.

Die örtlichen Handwerker verkünden im „*Tagblatt*“ am 28. August 1923, dass sie ab sofort ihre Rechnung sofort nach Fertigstellung der Arbeiten stellen und die Bezahlung innerhalb von drei Tagen erfolgen muss.

Die Löhne und Gehälter können mit der Dynamik der Geldentwertung nicht Schritt halten.[10] Wenn der Arbeitnehmer überhaupt welches bekommt. Denn am

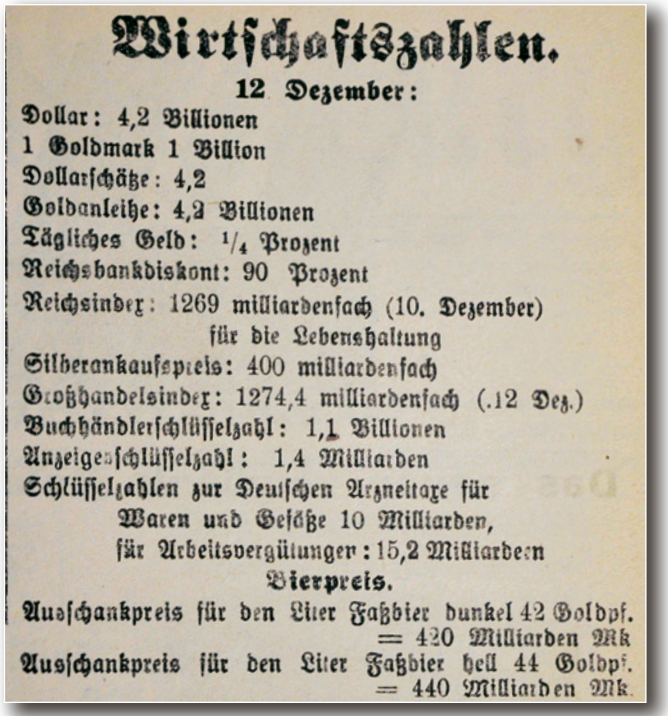
8 Entnommen aus Klose, a. a. O., S. 68 f.
9 Die Preise sind jeweils in den Zeitungsausgaben ausgeschrieben.
10 So erhält ein Handwerker im September 1922 einen Stundenlohn von durchschnittlich 74,30 Mark, Anfang August 1923 sind es 149.000 Mark und Anfang November 28.893 Millionen Mark (Klose, a. a. O., S. 65 f.).

17. August 1923 verkünden die hiesigen Banken per Anzeige in den Tageszeitungen, dass sie künftig nur noch vormittags geöffnet haben, wegen *„Arbeitsüberhäufung und Bargeldmangel bei der Reichsbank“*. Außerdem lehnen sie jede Haftung ab, wenn *„durch eine Verzögerung oder Fehlleitung von Ueberweisungen, Gutschriften, Zahlungen und dergl. ein Schaden wegen Markentwertung geltend gemacht wird“*.

Die Löhne hinken hinterher. Als der Stadtrat am 14. August 1923 das Gehalt des Badeaufsehers auf wöchentlich 240.000 Mark erhöht, heißt es ergänzend (rückblickend in der Sitzung vom 18. September): *„Zu diesem Zeitpunkt bezog ein städtischer ungelernter Arbeiter 2.112,00 Mark. Ab 17. August erhielt derselbe bereits 15,5 Millionen, ab 1. September 44 Millionen und seit dem 17. September schließlich 272.500.000 Mark.“* [11]

Um die Dimensionen noch deutlicher zu machen: Die Ausgaben für den laufenden Bauunterhalt der Stadt Weißenburg vom 1. April bis 31. Dezember 1923 belaufen sich auf 3.954.183.883.274.986 Mark (3 Billiarden 954 Billionen 183 Milliarden 883 Millionen 274 Tausend 986 Mark).[12]

Zeitgenössische Berichte aus privaten Haushalten in Weißenburg liegen im Stadtarchiv leider nicht vor. Überliefert ist dafür immerhin die Reaktion der Stadtverwaltung. In seinem Rückblick auf seine erste Amtszeit (1919-1924) schreibt der rechtskundige 1. Bürgermeister Danler [13] einleitend: *„Es ist daher nur zu begreiflich, daß in einer so schweren und erregten Zeit nicht nur im Stadtrat die Geister manchmal aufeinander platzten, sondern auch infolge der immer schwieriger werdenden Verhältnisse – vor allem in der insbesondere auch für unsere Hausfrauen schrecklichen Inflationszeit – sich der Bevölkerung zeitweise starker Mißmut und nervöse Reizbarkeit bemächtigte.“* [14]



Wirtschaftszahlen.

12 Dezember:

Dollar: 4,2 Billionen
1 Goldmark 1 Billion
Dollarschätze: 4,2
Goldanleihe: 4,2 Billionen
Tägliches Geld: 1/4 Prozent
Reichsbankdiskont: 90 Prozent
Reichsindex: 1269 milliardenfach (10. Dezember)
für die Lebenshaltung
Silberankaufspreis: 400 milliardenfach
Großhandelsindex: 1274,4 milliardenfach (.12 Dez.)
Buchhändlerschlüsselzahl: 1,1 Billionen
Anzeigenschlüsselzahl: 1,4 Milliarden
Schlüsselzahlen zur Deutschen Arzneitaxe für
Waren und Gefäße 10 Milliarden,
für Arbeitsvergütungen: 15,2 Milliarden

Bierpreis.

Ausschankpreis für den Liter Faßbier dunkel 42 Goldpf.
= 420 Milliarden Mk
Ausschankpreis für den Liter Faßbier hell 44 Goldpf.
= 440 Milliarden Mk.

Abb. 5: In der Ausgabe des *„Weißenburger Tagblatts“* vom 13. Dezember 1923 werden letztmals vor Währungsumstellung die aktuellen Wirtschaftszahlen publiziert.

11 StadtA Wßbg, Stadtratsprotokoll vom 18.09.1923, Vortrag Nr. 503.
12 StadtA Wßbg, Stadtratsprotokoll vom 08.01.1924, Vortrag Nr. 7.
13 Karl Danler (1887-1957), Jurist aus Nürnberg, Bürgermeister der Stadt Weißenburg 1920-1927 (vgl. Reiner Kammerl, Die Bürgermeister der königlich bayerischen Stadt Weißenburg, in: „villa nostra“ 1/2006, S. 16).
14 Rückblick auf die Tätigkeit des Stadtrats Weißenburg i. B. während der Wahlperiode 1919-1924 gegeben von Herrn rechtsk. 1. Bürgermeister Danler in der Vollsitzung des Stadtrats vom 25. November 1924 (StadtA Wßbg., Rep. III 2167/7), Weißenburg i. Bay. 1924, S. 3.

Eingesandt.

Seit Wochen warten weite Kreise der Bevölkerung darauf, daß vor allem die Lebensmittelpreise gesenkt werden, damit wenigstens das nackte Leben erhalten werden kann. Wie steht es nun mit den Fleisch- und Wurstpreisen in hiesiger Stadt? Ochsenfleisch kostet 80 und 70 Pfennig, Rindfleisch meist 70 Pf., bei einzelnen Metzgern 60 Pf., Kalbfleisch 70 Pf., manchmal 60 Pf., Schweinefleisch 1,20 M., 1 M. und 90 Pf., Hammelfleisch 70 Pf. Die Wurstpreise sind bei den gewöhnlichen Sorten 1 M., 1,20 und 1,40 M.

Betrachtet man dagegen die Viehpreise, so muß man zu der Anschauung kommen, daß die Fleisch- und Wurstpreise noch viel zu hoch sind. Warum greift hier nicht die Preisprüfungsstelle rechtzeitig ein? Etwas mehr Aktivität müßte hier schon verlangt werden. Warum läßt sie zu, daß einzelne Metzger fortgesetzt sehr hohe Fleisch- und Wurstpreise verlangen, während andere z.B. beim Schweinefleisch pro Pfund um 30 Pf. billiger sind? An den Pranger mit solchen, die das Volk ausbeuten.

Aus hiesigen Landwirtekreisen wurde mitgeteilt, daß für Kälber von den Metzgern 18 Pf. für das Pfund Lebendgewicht geboten wurden. In Plattling zeigten bereits vor über einer Woche dortige Metzgereien einen Rindfleischpreis von 30 Pf., einen Kalbfleischpreis von 50 Pf. und einen Schweinefleischreis von 76 Pf. an. Auch anderwärts im Lande werden solche niedrige Preise bekannt gegeben.

Auch die Bierpreise sind viel zu hoch in anbetracht der niedrigen Gerstenpreise. Jeder sollte den Biergenuß meiden, bis auch hier die Preise herabgesetzt sind. Die Preisprüfungsstelle wird auch bei den Bierpreisen Preisberechnungen anstellen müssen.

Abb. 6: Leserbrief im *„Weißenburger Tagblatt“* vom 7. Januar 1924.

In höchsten Tönen lobt Danler den Einsatz der Stadtverwaltung *„in der schlimmsten Zeit der Inflation“* zum Wohl der Einwohner, ohne dabei aber konkret zu

Eingesandt.

Eine kleine Völkerwanderung ergoß sich am vergangenen Samstag nach Emetzheim. Dortselbst hatten einige Oekonomen Rinder geschlachtet und verkauften schönes fettes Rindfleisch um 45 Pf. das Pfund. Als das hier ruchbar wurde, marschierten Männlein und Weiblein dorthin, um sich einige Pfund zu holen. Der Andrang war so arg, daß Viele den Weg umsonst machten. Soviel man hört, soll es in letzter Zeit in unserer Umgegend nun öfters vorkommen, daß die Bauern ihr Vieh selbst schlachten und das Fleisch verkaufen.

Abb. 7: Leserbrief in der *„Weißenburger Zeitung“* vom 8. Januar 1924.

werden. *„Nicht die Sparguthaben des kleinen Mannes, …, sondern das städt. Notgeld hat die Gemeinden über die schwere Zeit der Inflation hinweg gebracht.“* Stolz ist der Bürgermeister auch, dass einige der erfundenen neuen staatlichen Steuerquellen hier nicht eingeführt bzw. abgelehnt worden sind, wie *„die Lohnsummensteuer, die Dienstbotensteuer, die Reklamesteuer, die Katzensteuer, die Steuer von dem Halten von Reit- und Zugtieren und andere mehr“*. Es ist allerdings nicht mehr nachvollziehbar, ob der notwendige Verwaltungsaufwand den möglichen Ertrag gerechtfertigt hätte.[15]

Mit Einführung der Rentenmark bleiben die Preise für einige Zeit relativ lange stabil und passen sich dann der neuen Währung an (vgl. Abb. 5).

Es wird aber nicht schlagartig besser, wie ein Leserbrief im *„Tagblatt“* vom 7. Januar 1924 zeigt (vgl. Abb. 6). Darin werden die hohen Fleisch- und Wurstpreise angeprangert. Also sucht man billigere Bezugs-

15 Der Staat braucht Geld und führt ständig neue Steuern und Abgaben ein, wie die Vermögenszuwachssteuer, Erbschaftssteuer, Grunderwerbsteuer, Tabaksteuer bis hin zur Spielkartensteuer, oder eine Brotabgabe und eine *„außerordentliche Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung“*. Der Erfindungsreichtum der Staatsfinanzverwaltung kennt damals wie heute (vgl. z. B. den Solidaritätszuschlag) wenig Grenzen, und so manche dieser Steuern bestehen bis heute (Klose, a. a. O., S. 70 f.).

quellen – und weicht auch auf die umliegenden Gemeinden aus. Ein Leserbrief in der *„Weißenburger Zeitung“* vom 8. Januar 1924 ist dafür ein gutes Beispiel (vgl. Abb. 7).

Aus den Jahresberichten des Amtsarztes

In seinen Jahresberichten [16] beschreibt der damalige Bezirksarzt Dr. Alfred Aschenbrenner [17] auch die Gesundheits- und Ernährungslage in Weißenburg.

Für 1922 (Bericht vom 15. März 1923) notiert er: *„Die Ernährung der Bevölkerung wird durch den freien Handel sichergestellt. Unter der Zwangswirtschaft steht nur noch Brotgetreide. Die Tagesration betrug 200 gr Brotmehl.“* Aber nicht für alle. *„Für weite Kreise ist es infolge der ständig steigenden Teuerung nicht mehr möglich, sich die zur Versorgung ihres Lebens nötigen Lebensmittel zu kaufen. Die Stadt gewährt daher seit September 1922 Verbilligung und zwar monatlich 2 Pfund Weizenmehl zum Preis von 8 M pro Pfund, 1 Laib Brot unentgeltlich, ein Gericht von 2385 gr. und zum Einkauf von Zucker einen Zuschuß von 100 M. monatlich.“* Die Stadt (Wirtschaftsamt bzw. Fürsorgestelle) ist also bemüht.

Düster schaut es für 1923 aus (Bericht vom 24. Februar 1924). *„Am 1.1.1923 wurde hier ein Wohlfahrtsamt errichtet, um die Not … zu lindern.“* Brennholz wurde an Bedürftige ausgegeben (jeweils 3-4 Ster kostenlos oder stark verbilligt). *„Der Küche der Berufsfortbildungsschule wurde eine Mittelstandsküche angegliedert, in der Personen dieser Kreise* [Bedürftige] *wöchentlich einmal gespeist werden. Auch die private Liebestätigkeit wurde in Anspruch genommen, ein zu Ende 1923 ins Leben gerufenes Weißenburger Hilfs-*

Abb. 8: Infoplakat aus der Zeit um 1920 über die Möglichkeit der Zusendung von Hilfspaketen durch Verwandte aus Nordamerika.

16 StadtA Wßbg., Rep. III 956/2.
17 Dr. Alfred Aschenbrenner (geb. 1867 Pöttmes), Amtsarzt in Weißenburg ab 1912, 1933 nach Ingolstadt verzogen.

werk hat sehr erfreuliche Ergebnisse gezeitigt in Lebensmittel, Textilwaren und Geld.“ Aschenbrenner kommt trotz aller Einschränkungen zu einem positiven Ergebnis: *„Eine Änderung der Ernährungsweise der Bevölkerung ist natürliche Folge dieser Not; daß aber diese Änderung doch noch erträglich ist und nicht zum Verhungern treibt, ist der erfreuliche Erfolg der Notstandsmaßnahmen, die sich die Stadt Weißenburg schon immer hat angelegen sein lassen.“*

Für 1924 berichtet Aschenbrenner (am 24. Februar 1925) von einem Aufwärtstrend. *„Es ist Fürsorge getroffen, die Ernährung des verarmten Teils der Bevölkerung durch öffentliche Einrichtungen zu verbessern. Der Landeshilfsverein vom Roten Kreuz hat im Frühjahr eine Suppenanstalt eingerichtet, in der bis Mitte Juli und ab 1.10.1924 wöchentlich 450 Portionen Mahlzeiten abgegeben wurden. Die Stadt unterhält im Anschluß an die Küche der Berufsfortbildungsschule eine Mittelstandsküche, in der 60 Personen wöchentlich einmal ein vollständiges Mittagessen beziehen.“*

1925 erkennt der Amtsarzt eine anhaltende Verbesserung der Lage: Die Suppenküche des Roten Kreuzes (wöchentlich zweimal Mittagessen *„an 140 alte, arbeitsunfähige Personen“*) und die Küche der Stadt (*„1 mal wöchentlich Mittagessen an 60 Kleinrentner“*) bestehen weiter, wenn auch erkennbar mit einer Verschiebung der Bedürftigkeit auf die ältere Generation. [18]

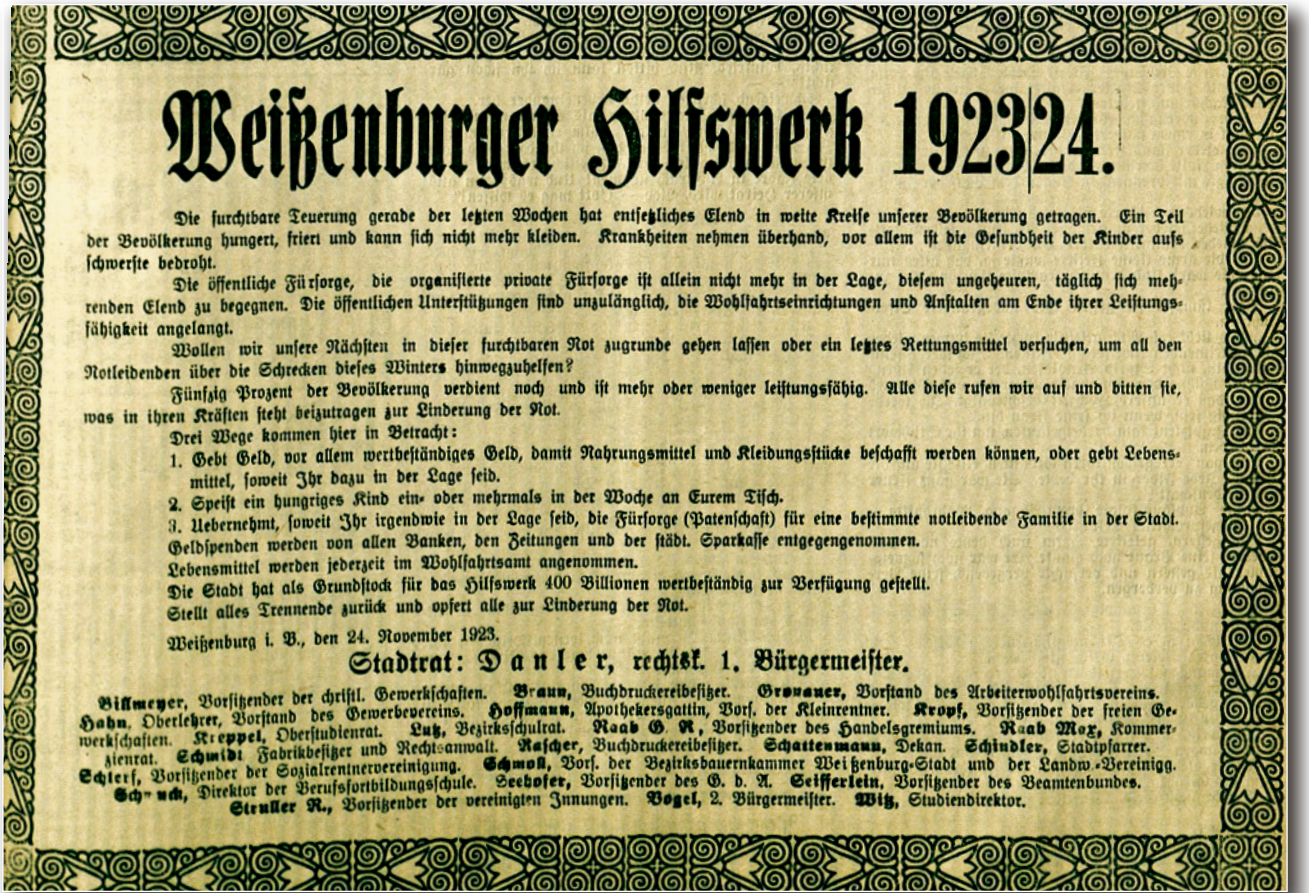
Für 1926 gibt Dr. Aschenbrenner nicht mehr der Inflation die Schuld, sondern *„die Not war groß durch die vielen Arbeitslosen, Kleinrentner, Sozialrentner“*.

Die städtische *„Volksküche“* und andere Projekte

In einer Versammlung in Nürnberg (5. Februar 1921) gründet sich auf Bezirksebene ein Hilfswerk für die Not leidende Bevölkerung. Hoffnungsvoll schließt sich die Stadt Weißenburg an und ein entsprechender Ortsausschuss wird gebildet.[19]

Am 13. September 1922 erkundigt sich unser Bürgermeister Danler in Nürnberg, wie denn da eine *„Volksküche“* eingerichtet ist – und muss sich sagen lassen, dass es dort gar keine gibt.[20] Trotzdem befasst sich unser städtischer Wohlfahrtsausschuss in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1922 mit dem Thema. *„Die Not der Zeit macht es notwendig, an die Schaffung von Einrichtungen zu denken, welche bei den Minderbemittelten diese Not lindern helfen. Der Berichterstatter regt daher an, die Errichtung einer Suppenanstalt in Erwägung zu ziehen.“* Beschlossen wird zunächst die Anlage der notwendigen Vorräte als Vorbereitung der Einrichtung. Wildbadpächter Christeiner [21] fordert für einen Teller Suppe mit Brot 25 Mark. Zur Ermittlung des Bedarfs wird das Projekt am 7. November 1922 in den Tageszeitungen ausgeschrieben. Es melden sich aber nur zwei: eine Fabrikarbeiterin und die Witwe eines Schmieds. Das städtische Suppenprojekt [22] ist damit nicht gestorben. Amtsarzt Aschenbrenner erwähnt nämlich für die Jahre 1923 bis 1925 die als städtische *„Mittelstandsküche“* bezeichnete Einrichtung, über die wöchentlich 60 Bedürftige verpflegt werden. Sie besteht allerdings nicht im Wildbad, sondern in der Küche der Berufsfortbildungsschule.[23]

18 Die Suppenküche des Roten Kreuzes und jene der Stadt sind 1926 immer noch aktiv, erst im Jahresbericht für 1927 finden diese Einrichtungen keine Erwähnung mehr.
19 Stadtratssitzung vom 8.02.1921, Vortrag Nr. 104.
20 Antwort des städtischen Wohlfahrsamts Nürnberg vom 19. September 1922.
21 Wilhelm Christeiner (1869-1958), Schreiner und Wildbadpächter.
22 StadtA Wßbg., Rep. III 922/5.
23 StadtA Wßbg., Rep. III 956/2.



Weißenburger Hilfswerk 1923|24.

Die furchtbare Teuerung gerade der letzten Wochen hat entsetzliches Elend in weite Kreise unserer Bevölkerung getragen. Ein Teil der Bevölkerung hungert, friert und kann sich nicht mehr kleiden. Krankheiten nehmen überhand, vor allem ist die Gesundheit der Kinder aufs schwerste bedroht.

Die öffentliche Fürsorge, die organisierte private Fürsorge ist allein nicht mehr in der Lage, diesem ungeheuren, täglich sich mehrenden Elend zu begegnen. Die öffentlichen Unterstützungen sind unzulänglich, die Wohlfahrtseinrichtungen und Anstalten am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Wollen wir unsere Nächsten in dieser furchtbaren Not zugrunde gehen lassen oder ein letztes Rettungsmittel versuchen, um all den Notleidenden über die Schrecken dieses Winters hinwegzuhelfen?

Fünfzig Prozent der Bevölkerung verdient noch und ist mehr oder weniger leistungsfähig. Alle diese rufen wir auf und bitten sie, was in ihren Kräften steht beizutragen zur Linderung der Not.

Drei Wege kommen hier in Betracht:

1. Gebt Geld, vor allem wertbeständiges Geld, damit Nahrungsmittel und Kleidungsstücke beschafft werden können, oder gebt Lebensmittel, soweit Ihr dazu in der Lage seid.
2. Speist ein hungriges Kind ein- oder mehrmals in der Woche an Eurem Tisch.
3. Uebernehmt, soweit Ihr irgendwie in der Lage seid, die Fürsorge (Patenschaft) für eine bestimmte notleidende Familie in der Stadt.

Geldspenden werden von allen Banken, den Zeitungen und der städt. Sparkasse entgegengenommen.

Lebensmittel werden jederzeit im Wohlfahrtsamt angenommen.

Die Stadt hat als Grundstock für das Hilfswerk 400 Billionen wertbeständig zur Verfügung gestellt.

Stellt alles Trennende zurück und opfert alle zur Linderung der Not.

Weißenburg i. B., den 24. November 1923.

Stadtrat: Danler, rechtsk. 1. Bürgermeister.

Billmeyer, Vorsitzender der christl. Gewerkschaften. **Braun**, Buchdruckereibesitzer. **Grossauer**, Vorstand des Arbeiterwohlfahrtsvereins. **Hahn**, Oberlehrer, Vorstand des Gewerbevereins. **Hoffmann**, Apothekersgattin, Vors. der Kleinrentner. **Kropf**, Vorsitzender der freien Gewerkschaften. **Kreppel**, Oberstudienrat. **Lutz**, Bezirksschulrat. **Raab G. R.**, Vorsitzender des Handelsgremiums. **Raab Max**, Kommerzienrat. **Schmidt** Fabrikbesitzer und Rechtsanwalt. **Rascher**, Buchdruckereibesitzer. **Schattenmann**, Dekan. **Schindler**, Stadtpfarrer. **Schierf**, Vorsitzender der Sozialrentnervereinigung. **Schmoll**, Vors. der Bezirksbauernkammer Weißenburg-Stadt und der Landw.-Vereinigg. **Sch-uck**, Direktor der Berufsfortbildungsschule. **Seehofer**, Vorsitzender des G. d. A. **Seifferlein**, Vorsitzender des Beamtenbundes. **Struller R.**, Vorsitzender der vereinigten Innungen. **Vogel**, 2. Bürgermeister. **Witz**, Studiendirektor.

Abb. 9: Aufruf zur Gründung des *„Weißenburger Hilfswerks“* (*„Weißenburger Tagblatt“* vom 28. November 1923).

Erfolgreich ist, laut Stadtverwaltung, auch die Schulspeisung. *„Erstmals im Jahre 1923 wurde den Kindern unserer Stadt auch die Segnungen der Schulspeisung zuteil. Gespeist wurden vom 29. I. bis 31. III. 1923 täglich 150 Kinder. Die Stadt lieferte dazu täglich 10 Liter Milch und 2 Zentner Weizenmehl. Vom 30. IV. bis 15. VII. und 3. – 30. IX. wurden wiederum täglich 150 Kinder gespeist. Ab 3. XII. konnte die Speisung mit der gleichen Zahl Kinder wieder aufgenommen werden. Die Erfolge sind sachlich gute zu nennen und eine Weiterausdehnung auf eine grössere Anzahl unterernährter Kinder wäre ausserordentlich zu begrüssen.“*

Ein in den Akten erhaltenes Plakat (vgl. Abb. 8) informiert über die Möglichkeit der Zusendung von Hilfspaketen von Verwandten aus Amerika. Solche später als *„Care-Pakete“* bezeichnete *„Liebesgaben“* aus Amerika sind schon für Februar 1915 belegt. Im Frühjahr 1920 sorgen die *„Amerika-Spenden“* für große Aufregung. Sie werden von einem eigens berufenen Verteilungsausschuss möglichst gerecht ausgegeben.[24]

Zu den Hilfsmaßnahmen gehört auch die Ausweisung von Heimgärten – also Hilfe zur Selbsthilfe, d. h. zur Selbstversorgung der Einwohner. *„Die Stadt hat 597 Heimgärten in der Größe von 70-120 qm vergeben, … ¼ sämtlicher Haushalte haben Heimgärten in Pacht.“* Der Pachtpreis beträgt 1,5 Pfennig pro Quadratmeter. [25]

Abb. 10: Ab 1916 gab die Reichsbank für abgegebenen Schmuck oder Gold Papiergeld aus sowie solche Medaillen aus Eisen.

Das *„Weißenburger Hilfswerk“*

Am 27. November 1923 beschreibt Bürgermeister Danler in dramatischen Worten die wirtschaftliche Not der Bevölkerung [26]. Diese *„ist auch in unserer Stadt auf das Äußerste Gestiegen. Hunger, Krankheit und Elend haben bereits die weitesten Kreise erfaßt. Fast 50 % der gesamten Bevölkerung sind unterstützungsbedürftig und genießen auch im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Unterstützung.“* Aber es reicht nicht. *„Die Wohltätigkeitsanstalten, die bisher die drückende Not abzuwenden versucht haben, sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit.“*

Es folgt ein Aufruf im *„Weißenburger Tagblatt“* vom 28. November 1923 (vgl. Abb. 9), mit dem Danler die Gründung eines örtlichen *„Weißenburger Hilfswerks“* anstößt. Die Stadt stellt auch gleich 400 Billionen Mark zur Verfügung. Es geht um private Spenden an Geld, Naturalien und sonstige Artikel des täglichen Bedarfs. Das Stadtoberhaupt regt die Übernahme von Patenschaften an, *„insbesondere für unterernährte Kinder und schwache kränkliche alte Leute“*. Gerade das Wohl der Kinder hat er im Blick – über die *„Wohltat der Kinderspeisung“* hinaus, d. h. *„außer den Hundert Kindern, die durch die Amerika-Hilfe gespeist werden können“*.

Danler appelliert an die Stadträte und die ganze Bevölkerung: *„Gebt soviel ihr könnt!“* [27]

Das Hilfswerk scheint 1926 seine Tätigkeit zumindest zurückgefahren zu haben. In den Jahresberichten des Amtsarztes verschwindet das Hilfswerk ab dem

24 Beschluss des Stadtmagistrats vom 18.02.1915. Zur *„Amerika-Spende“* publiziert Pfarrer Wilhelm Albrecht im *„Weißenburger Tagblatt“* am 15.05.1920 ein anerkennendes Gedicht. Die Schulspeisung wird später auch als *„Amerika-Hilfe“* bezeichnet (StadtA Wßbg., Rep. III 956/2).

25 StadtA Wßbg., Rep. III 956/2.

26 StadtA Wßbg, Stadtratsprotokoll 1923, Vortrag Nr. 573.

27 StadtA Wßbg, Stadtratsprotokoll 1923, Vortrag Nr. 613. Am 30. Dezember nimmt der Stadtrat das Spendenergebnis zugunsten des Weißenburger Hilfswerks *„mit Befriedigung zur Kenntnis“*. Eine Auflistung der Spenden wird im *„Weißenburger Tagblatt“* am 19.12.1923 als Anreiz für weitere Gaben veröffentlicht.

Jahr 1925. Erst ab 1930 taucht die Institution im Rahmen der Wirtschaftskrise wieder auf. [28]

Die *„Suppenküche“* des Roten Kreuzes

Der *„Landesverein vom Roten Kreuz Zweigverein Weißenburg i. Bay.“* veröffentlicht in der Tagespresse [29] einen Aufruf vom 18. Januar 1924 und kündigt für die *„nächste Zeit“* die Eröffnung einer *„Suppenanstalt“* an, *„in welcher an Hilfsbedürftige Suppe unentgeltlich verabreicht wird“,* und bittet um Spenden, v. a. in Naturalien. *„Noch ist die Not groß. Die Mittel der öffentlichen Fürsorge besonders des Reiches, beginnen viel spärlicher zu fließen. Darum muß mehr denn je die private Wohltätigkeit die Not zu lindern suchen.“* [30]

Anmeldungen zur Suppenausgabe müssen an das städtische Wohlfahrtsamt gestellt werden.

Die Anstalt wird am 30. Januar eröffnet, die Essensausgabe findet jeweils Montag, Mittwoch und Freitag, um 12.00 Uhr im Wildbad statt. Gefäße müssen selbst mitgebracht werden. Voraussetzung für die Zuteilung ist ein vom städtischen Wohlfahrtsamt ausgestellter Ausweis.[31] Bei der ersten Speisung (30. Januar) werden 80 Portionen ausgegeben. Es gibt *„Fleischbrühsuppe mit Suppennudeln, 1 Stückchen Rindfleisch und 1 Semmel“*. [32]

Die Suppenküche scheint, wenn man den Angaben des Amtsarztes glauben will, bis 1926 bestanden zu haben. Weiterführende Akten sind im Stadtarchiv nicht vorhanden.[33]

Ausgabe von „Notgeld“

Den Begriff *„Notgeld“* will man anfangs vermeiden, um das Vertrauen in die Reichsbanknoten nicht noch mehr zu untergraben; *„Gutscheine“* oder *„Darlehenskassenscheine“* mit kleinen Nennwerten (meist 10- und

Lit. № [redacted]

Gutschein für 500 Mk.

Die OBERRHEINISCHEN DAMPFSÄGE- UND HOBELWERKE OFFENBURG, Filiale WEISSENBURG IN BAYERN, bezahlen gegen Rückgabe dieses Scheines an die Geschäftskasse oder an die Bay. Disconto & Wechselbank, Filiale Weissenburg i. B., den Betrag von Mk. 500.—

FÜNFHUNDERT MARK

Die Einlösung muß bis 31. Oktober 1922 erfolgt sein. Später vorgelegte Scheine werden nicht mehr eingelöst.

Weißenburg i. Bay., den 30. September 1922.

Oberrheinische Dampfsäge- u. Hobelwerke
Filiale Weißenburg in Bayern.

EINLAGE № 143

Abb. 11: Die Oberrheinischen Dampfsäge- und Hobelwerke (OSO) sind der erste Weißenburger Betrieb, der am 30. September 1922 Notgeld ausgibt.

28 Nachweise dazu finden sich in den Stadtratsprotokollen zwischen 1930 und 1932 (u. a. Sitzungen vom 18.12.1930 Nr. 185, 30.08.1931 Nr. 107 und 03.03.1932 Nr. 28).

29 *„Weißenburger Zeitung“* vom 21.01.1924.

30 Das Rote Kreuz hat schon ab 1921 mehrere Einkochkurse für Landwirtsfrauen und -töchter in der Schulküche der Berufsfortbildungsschule durchgeführt (StadtA Wßbg, Stadtratsprotokoll 16.10.1923, Vortrag Nr. 528; Sitzung vom 15.08.1922, Vortrag Nr. 593; Sitzung vom 11.04.1922, Vortrag Nr. 256, Sitzung vom 04.10.1921, Vortrag Nr. 779).

31 *„Weißenburger Zeitung“* vom 29.01.1924.

32 *„Weißenburger Zeitung“* vom 31.01.1924.

33 Gerhard Grimm, Eine Idee macht ihren Weg. Das Rote Kreuz in Weißenburg. Ein geschichtlicher Überblick …, Weißenburg i. Bay. 2018, erwähnt viele Leistungen des Roten Kreuzes im Umfeld des Ersten Weltkrieges, die Suppenküche fehlt auch bei ihm wohl mangels Unterlagen. In den Akten der *„Sanitätskolonne“* (StadtA Wßbg., Rep. III 1011 und Rep. IV 37/2) findet sich auch nichts dokumentiert.

50-Pfennig-Münzen oder 1 Mark) sind da wertneutraler. Es fängt damit an, dass schon bei Kriegsbeginn die Anleger ihre Guthaben und Einlagen zurückziehen. Damit beginnt 1914 die erste Phase: der Mangel an Kleingeld, hervorgerufen insbesondere durch das Horten der wertbeständigen Münzen seitens der Bürger. Aufrufe gegen das Hamstern sind unpopulär und wenig hilfreich. Erfolgreicher sind die auf den Patriotismus abzielenden Aufrufe zu Metallspenden. Attraktiver als die eiserne Medaille mit der Aufschrift *„Gold gab ich zur Wehr, Eisen nahm ich zur Ehr“* (vgl. Abb. 10) ist die Belohnung durch Fronturlaub für Angehörige.[34]

Die zweite „Notgeldperiode“ beginnt 1916, weil für die Kriegswirtschaft inzwischen auch Scheidemünzen aus Kupfer und Nickel aus dem Verkehr gezogen werden. Sie werden nicht mehr geprägt und Ersatzmünzen aus Eisen, Zink oder Aluminium nicht ausreichend und schnell genug ausgegeben. Am Kriegsende ist das Münzgeld aus dem Zahlungsverkehr eigentlich verschwunden.

Industriebetriebe sowie die Kommunen geben – mit und ohne Einverständnis der Reichsbank und der Landesregierung – Notgeld in Form von Scheinen oder Münzen heraus. Dieses lokale Notgeld ist oftmals von ansprechendem künstlerischen Wert oder trägt historische Motive aus der jeweiligen Stadtgeschichte. Durch Reichsgesetz vom 17. Juli 1922 wird dieses Kriegsnotgeld formal verboten.[35]

Es folgt ab Sommer 1922 die dritte Welle. Wieder sind Engpässe im Geldumlauf die Ursache. Das von der Reichsbank massenhaft gedruckte Geld reicht trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht mehr oder kommt gar nicht überall an. So muss der Reichsfinanzminister am 18. September 1922 erneut die Ausgabe von Notgeld zulassen. Die dabei vorausgesetzte Sicherung durch Hinterlegung auf einem Sperrkonto werden nicht von allen Kommunen eingehalten. Gedruckt werden jetzt nicht mehr Kleingeld, sondern Scheine zu 100 Mark und mit bisher kaum gekannten Werten von 500 oder 1000 Mark.[36] Sie werden am Beginn des Jahres 1923 wieder eingelöst, eingezogen und mit Aufwertung wieder ausgegeben (vgl. Titelseite, Abb. 14 und 15).

Im Sommer 1923 beginnt die Hochinflation. Mit vereinfachten Genehmigungsverfahren können dann Betriebe und Kommunen wieder Notgeld drucken, um mit der Inflation Schritt zu halten. Die Löhne werden schließlich täglich ausbezahlt. Und wenn nicht genug hochwertige Scheine zur Verfügung stehen, kommt schnell ein Korb voll Geld zusammen.[37] Die höchsten Nennwerte zeichnen schließlich 100 Billionen Mark. Die ansprechende Gestaltung gibt man schnell auf zugunsten eines einseitigen Drucks oder der Aufwertung von eingelösten älteren Serien durch Aufdruck. Wertbeständiges Notgeld, d. h. an Gold- oder Dollarwert orientierte Scheine, sollen ab November 1923 dem entgegensteuern (vgl. Abb. 24).[38]

Im Herbst 1923 greift die Politik endlich die Reform des Geldwesens an. Am 15. Oktober 1923 wird die „Deutsche Rentenbank“ als neue Währungsinstitution gegründet. Ergebnis ist schließlich ab 15. November

34 Klose, a. a. O., S. 54.
35 www.wikipedia.org; Aufruf vom 14.09.2022.
36 Klose, a. a. O., S. 72.
37 www.wikipedia.org; Aufruf vom 14.09.2022.
38 Mit Anzeige in der *„Weißenburger Zeitung“* am 23.01.1924 gibt die Stadt bekannt, dass sie für Anlagesparer auch wertbeständige Schuldverschreibungen zu 50, 100 und 500 Goldmark herausgibt, abgesichert durch den Stadtwald.

die Ausgabe der neuen Münzen und Scheine.[39] Der Weißenburger Stadtrat beschließt am 28. November 1923 die Einführung der Rentenmark bei der städtischen Sparkasse ab 1. Dezember, *„wenngleich bei der städt. Sparkasse bis jetzt von diesen neuen Scheinen noch nichts wahrgenommen wurde ...“.* [40]

Das mit viel Hoffnung erwartete Geld (Rentenmark) kommt hier zunächst so gut wie gar nicht an. Am 27. November 1923 schließt sich die Stadt dem Protest anderer bayerischer Städte an. Bürgermeister Danler wettert in der Stadtratssitzung vom 27. November: *„Haben schon die wiederholt als unrichtig erfundenen Behauptungen der Reichsbank, daß sie in der Lage sein, den gesamten Zahlungsmittelbedarf selbst zu befriedigen, was Stockungen im Zahlungsverkehr zur Folge hatte, viel berechtigte Mißstimmung erregt, so wird durch die ungleichmäßige Ausgabe der Rentenmark das Ansehen der Reichsbankleitung und Reichsregierung geradezu untergraben.“*

Irgendwie geht es dann aber doch voran. Die alten Notgeldscheine werden 1924 eingezogen. Manche von ihnen, gerade die frühen Ausgaben mit attraktiver Gestaltung oder mit lokalen Bezügen, wecken schnell das Interesse von Sammlern.

Notgeldausgaben der Stadt Weißenburg

Im Nachfolgenden sollen die Ausgaben des Notgelds der Stadt Weißenburg vorgestellt werden. Eine umfassende Darstellung ist hier ebenso wenig möglich wie die Angabe aller formalen Unterschiede. Denn zu jeder Ausgabe gibt es verschiedene Typen, die sich meist nur in kleinen Details (Unterschriften, Farbe, Ornamente) voneinander unterscheiden lassen. Auch das von Fir-

Abb. 12: Die ersten Kriegsnotgeldscheine tragen als Ausgabedatum den 11. Dezember 1916.

39 Klose, a. a. O., S. 73.
40 *„Weißenburger Zeitung“* vom 28.11.1923; Stadtratsprotokoll 1923, Vortrag Nr. 575.

men herausgegebene Notgeld kann hier nur auswahlweise abgebildet werden, nachdem eine vollständige Sammlung im Stadtarchiv nicht vorliegt.

Kriegsnotgeld 1916

Auch in Weißenburg wird während des Kriegs das Kleingeld knapp. Aus diesem Grund fordert der Volksschullehrer und Gemeindebevollmächtigte Friedrich Braun (1868-1941) mit Schreiben vom 14. November 1916 im Gemeindekollegium die Beschaffung von *„Kleingeldersatzmitteln“* durch die Stadt Weißenburg. *„Der Grund liegt darin, daß unser Kleingeld auch Zahlungsmittel in den von Deutschland occupierten Gebieten ist. Der vorhandene deutsche Kleingeldbestand verteilt sich deshalb auf eine viel größere Menschenzahl als im Frieden …“* Die Bezirksregierung bestätigt, dass der Staat nicht für Abhilfe sorgen kann, und erhebt keine Einsprüche gegen die Ausgabe von Gutscheinen durch die Stadt Weißenburg selbst.

Am 7. Dezember 1916 beschließt unser Magistrat die Beschaffung von *„Papiernotgeld in Form von Gutscheinen … auf zähem, widerstandsfähigem Papier“* – weil es billiger und ansehnlicher ist als Münzen [41] – bei der Buch- und Kunstdruckerei J. P. Himmer in Augsburg. Bestellt werden 50.000 Stück zu 10 Pfennig (Format 6,8 x 10,5 cm) sowie jeweils 10.000 Stück zu 25 (Format 7,2 x 10,6 cm) und 50 Pfennig (Format 7,8 x 11,2 cm). Die Lieferung trifft am 23. Dezember 1916 ein, und zwar jeweils 500 mehr als bestellt. Die Kosten belaufen sich auf 248,15 Mark (vgl. Abb. 12).

Die relativ einfach gestalteten Gutscheine auf unterschiedlich farbigem Papier sind einseitig bedruckt. Auf der Rückseite ist das städtische Dienstsiegel aufgebracht sowie, nach Einlösung, der Entwertungsstempel.

Am Tag vorher (22. Dezember) kündigt die Stadtverwaltung die Ausgabe in der Tagespresse an, auch um die Weißenburger Geschäftswelt auf die Einführung hinzuweisen. Jeder kann die Scheine in der Magistratskanzlei erwerben (Mindestabnahme 50 Stück jeweils). Ein kleiner Teil der Auflage geht als Muster an andere Städte, die auch Kleingeld drucken wollen, sowie an Sammlungen (z. B. die bayerische Münzsammlung in München oder das Münzkabinett in Berlin).

Am 10. April 1917 stellt Oberstadtsekretär Leonhard Vogel fest, dass von den 10-Pfennig-Gutscheinen noch viele, von den größeren hingegen nur noch wenige vorhanden sind. Der Erfolg bestätigt die Richtigkeit der Aktion. Im Mai 1917 antwortet man dem Bayerischen Städteverband, dass der Kleingeldmangel in Weißenburg damit behoben ist und dass *„die Gutscheine so lange im Verkehr belassen werden, bis der Krieg beendet ist und wieder normale Verhältnisse bestehen“*.

Eine Regierungsentschließung vom 25. Mai 1917, wonach die Stadt für das ausgegebene Notgeld ein Sperrguthaben zur Deckung einrichten soll, lehnt der Magistrat am 3. September 1917 als *„unbillig“* ab, weil der Staat keine Abhilfe schaffen konnte und weil die Stadt *„auch noch die Kosten des Kleingeldersatzes zu tragen hatte“*. Die Regierung hatte argumentiert, dass Silbermünzen im Wert von 1.270.394.355 Mark geprägt sind, das heißt pro Kopf 19,57 Mark. Man solle doch darauf hinwirken, dass das also reichlich vorhandene Silbergeld nicht gehortet, sondern in Umlauf gebracht wird. Eine Illusion.

41 Die von der Firma Lauer in Nürnberg alternativ angebotenen achteckigen Muster aus Zinkblech *„machten den Eindruck von Spielmarken“*, bemerkt die Stadtverwaltung im Nachhinein am 29.01.1917 (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/2).

Am 11. September 1917 stellt Stadtkämmerer Wieser fest, dass das Notgeld *„in letzter Zeit in großen Mengen in vollkommen abgegriffenem Zustand“* zurückkommt, dann aus dem Verkehr gezogen werden und vernichtet werden soll.[42] Am 1. Mai 1919 werden die Kriegsnotgeldscheine schließlich außer Kurs gesetzt und sind somit wertlos.[43]

Interessant, aber bislang nicht mit Exponaten belegbar, ist die im *„Weißenburger Tagblatt“* am 5. Juli 1920 angekündigte Ausgabe von *„künstlerisch ansprechendem Papiergeld“* zu 5, 10 und 20 Pfennigen als Kleingeldersatz durch die örtliche Edeka – verbunden mit der Bitte an alle Geschäftsleute, diese zu akzeptieren.

Abb. 13: Die ersten Kriegsmünzen aus den Jahren 1918/1919.

Kriegsnotgeld 1917

Im Dezember 1917 berät der Stadtmagistrat über die Anschaffung neuer Notgeldscheine, und zwar auf noch besserem Papier, in kleinerem Format und *„künstlerisch ausgeführt“*. Sie sollen die inzwischen zerfledderten alten Scheine ersetzen. Stadtkämmerer Christian Wieser (1864-1936) setzt dann die Anfertigung von noch haltbareren Münzen aus Zinkblech durch, weil sie einfach den Zahlungsverkehr erleichtern. Die Firma Carl Poellath in Schrobenhausen erhält am 28. Dezember 1917 den Auftrag über 15.000 Münzen zu 50 Pfennig. Sie tragen auf der Vorderseite die Umschrift *„KGL. BAYER. STADT WEISSENBURG I. B.“*, die Jahreszahl *„1918“* sowie das Stadtwappen mit dem Engel als Schildhalter. Die Rückseite trägt mittig die Wertangabe *„50“* sowie die Bezeichnung *„KRIEGSMÜNZE“* und *„PFENNIG“* (vgl. Abb. 13).

Die Münzen (24,0 mm Durchmesser bei 2,79 Gramm) werden am 11. Februar 1918 geliefert (15.770 Stück), reichen aber nicht lange, und am 30. September bestellt der Magistrat weitere 10.000 Stück (geliefert am 9. Oktober).[44]

Am 13. Januar 1919 muss die Verwaltung feststellen, dass von den ausgegebenen 25.000 Münzen noch alle im Umlauf sind. Von den ersten Papiergutscheinen (im Wert von 12.500 M) sind bereits 10.999,15 M *„als unbrauchbar eingezogen und verbrannt“*. Es sind also nur noch 1.500 M im Umlauf. *„Dieselben werden zum größten Teil zu Sammelzwecken zurückgehalten … „Von Industriebetrieben ist dahier kein Notgeld ausgegeben worden.“*

42 Am 25. September werden 1.480,80 Mark aussortiert, am 10. Dezember 2.340,40 Mark und am 15. Februar 1918 weitere 2.301 Mark. Am 12. Juni 1918 nochmals 3.500 Mark und am 5. Juni 1919 abschließend 1.880,40 Mark.

43 Im Februar 1921 wird ein stattlicher Teil nach Amerika geschickt (Senator Schultz in Milwaukee) für ein Hilfswerk zugunsten Not leidender deutscher Kinder (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/5).

44 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/1.

Als sich der Kleingeldmangel weiter verstärkt, bestellt die Stadt am 17. Januar 1919 bei der Firma Poellath weitere 10.000 Münzen zu 50 Pfennig[45] sowie ergänzend 20.000 Stück zu 10 Pfennig (*„in gefälliger Form“*).[46] Im Stadtratsbeschluss vom 13. Januar heißt es dazu: *„Da es auch an Nickelmünzen mangelt sollen auch 20.000 Stück 10-Pfg-Hartgeldmünzen bestellt werden.“* Die 10-Pfennig-Notgeldmarken prägt Poellath ebenfalls aus Zinkblech mit 21,8 mm Durchmesser und einem Gewicht von 2,42 Gramm. Die neuen Münzen werden am 7. Februar 1919 geliefert. Sie sind wie die 50-Pfennigstücke geprägt und gestaltet, also auch mit der eigentlich falschen Jahresangabe 1918.

Abb. 14: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 100 Mark, datiert 1. Dezember 1922, Erstausgabe ohne nachträglich (nach Einzug) aufgedruckte Aufwertung auf *Zehn Milliarden Mark* am 26. Oktober 1923 (Foto: Privatbesitz).

Als die Reichsregierung mit Gesetz vom 17. Juli 1922 die Einziehung des Notgelds vorschreibt, stellt die Stadt in beide Lokalzeitungen am 27. August eine Aufforderung ein, wonach die Münzen und Scheine bis zum 14. November in der Stadtkämmerei eingezogen und eingelöst werden müssen.[47]

Ein gescheitertes Notgeldprojekt von 1921

Im Herbst 1921 verschärft sich der Kleingeldmangel erneut. Deshalb beschließt der Stadtrat am 24. Oktober 1921, trotz ausdrücklichen Verbots des bayerischen Innenministeriums vom 4. Juli 1921, achteckige Münzen aus Aluminium herstellen zu lassen. Ein entsprechender Auftrag über *„Metallnotgeld in gleich künstlerischer Ausführung wie ihre Firma für die Straßenbahn Nürnberg angefertigt hat“* wird der Nürnberger Firma Lauer dann auch erteilt. Geordert werden vier Serien zu je 10.000 Stück mit der Ansicht des Ellinger Tores, des (Alten) Rathauses, der Wülzburg und der Stadtmauerpartie am Seeweiher. Als Vorlagen dienen Ansichtskarten. *„Dieselben werden als Reklamemarken*

45 Mit dem gleichen Druckstock auf Zinkblech, also wie gehabt, und mit der Jahreszahl 1918.
46 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/2.
47 Die vorhandenen Restmünzen werden verscherbelt, so im November 1922 der Restbestand von 6.000 Münzen zu 50 Pfg. (für 3.000 M) an das Briefmarken- und Notgeldhaus Hans Tripp in Nürnberg; der Rest an Münzen und Scheinen an die Notgeldhandlung Wilhelm Kittel in Camburg/Saale (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/5).

geeignet sein“, heißt es im Stadtratsbeschluss. Als Aufdruck wird festgelegt:
„Stadt Weißenburg i. Bay. 50 Pfennig 1918“.[48]

Ende Dezember 1921 storniert die einsichtig gewordene Stadt den Auftrag, um nicht mit der Aufsichtsbehörde in Konflikt zu geraten.[49] Muster oder Entwurfszeichnungen sind leider nicht erhalten.

Erste Notgeldscheine 1922

Am 26. September 1922 wird im Stadtrat berichtet, dass die Stadt Nürnberg Notgeld in größeren Scheinen drucken lässt, da sie wegen Mangels an Banknoten sonst ihre Gehälter nicht mehr auszahlen könne. Der Weißenburger Stadtrat erkennt zwar für unsere Stadt ähnliche Probleme, will aber vorerst noch abwarten aufgrund von *„Bedenken wegen der Fälschungsgefahr“*.

Schneller sind die Oberrheinischen Dampfsäge- und Hobelwerke Offenburg in Baden, Werk Weißenburg i. Bay. (OSO). Am 29. September 1922 teilt die Werksleitung der Stadt mit, dass sie 1.000 Gutscheine zu 500 Mark gedruckt hat, um die Löhne ihrer Arbeiter auszahlen zu können. Sie sind datiert auf den 30. September 1922 und mit einer Laufzeit bis 31. Oktober 1922 limitiert. Ein ungültig gemachtes Muster (Format 10,4 x 15,6 cm) wird der Stadt zugestellt und die Stadtkasse nimmt dieses auch als Zahlungsmittel an. Es ist damit der erste Notgeldschein der Weißenburger Inflationszeit (vgl. Abb. 11).[50]

Am 10. Oktober 1922 erkennt der Stadtrat, dass nichts anderes mehr übrig bleibt, als dem Beispiel Nürnbergs zu folgen und Notgeld zu drucken. Die Gehälter für Oktober sind fast durchweg mit Schecks aus-

Abb. 15: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 500 Mark, ausgegeben am 1. Dezember 1922, mit der nachträglich (nach Einzug) aufgedruckten Aufwertung auf *Fünfzig Milliarden Mark* am 26. Oktober 1923.

bezahlt worden und können von den Banken, die auch keine Banknoten haben, nur mit geringfügigen Beträgen honoriert werden. Damit entsteht unter den Betroffenen große Unzufriedenheit. *„Die Bedenken wegen*

48 Die in den Akten eindeutig vorgegebene Jahresangabe *„1918“* ist sicherlich verschrieben.
49 Der Städtetag hatte in einem Informationsbrief gewarnt und von laufenden Verfahren gegen andere Städte wegen unerlaubter Ausgabe von Notgeld berichtet (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/3).
50 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/3.

der Fälschungsgefahr können dadurch behoben werden, dass jeder Gutschein vom 1. Bürgermeister und dem Kassier handschriftlich unterzeichnet wird. Referent beantragt Ausgabe von 5 Millionen in 500 M-Gutscheinen, wie sie von dem Oberrheinischen Sägewerk ausgegeben worden sind, auf die höchstzulässige Dauer.“

Abb. 16: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 500.000 Mark, datiert auf den 14. August 1923.

Am 29. Oktober 1922 bestellt der Stadtrat bei den Vereinigten Kunstanstalten AG Kaufbeuren 5.000 Stück 100-Mark-Scheine (mit dem Alten Rathaus als Motiv, vgl. Titelseite und Abb. 14) und 9.000 Stück 500-Mark-Scheine (mit dem Ellinger Tor als Motiv, vgl. Abb. 15). Die Vorderseite trägt jeweils das Stadtwappen, den Hinweis auf die Geltungsdauer von zwei Monaten nach Ausgabe, das Datum (1. Dezember 1922) sowie zur Fälschungssicherheit die Unterschriften von 1. Bürgermeister Danler und Stadtkämmerer Wieser.[51] Die Genehmigung des Reichsfinanzministers kommt am 16. Oktober 1922 per Telegramm, das Bayerische Innenministerium folgt am 23. Oktober 1922 nach. Zur Sicherung muss ein entsprechendes Guthaben bei der Bayerischen Staatsbank gebildet werden.

Am 4. November 1922 liefern die Kunstanstalten die Entwürfe, am 17. November Probedrucke, am 30. November die gedruckten Scheine (Format 8,7 x 14,4 cm). Am 6. Dezember beginnt die Ausgabe.[52] Alle (Gesamtwert von 5.000.000 Mark) werden ausgegeben.[53]

Der Rückruf wird in der Tagespresse für den 5. April 1923 festgesetzt und die *„Gutscheine“* müssen dann bei der Stadtkämmerei innerhalb von vier Wochen eingereicht werden. Das Verfallsdatum (5. Mai 1923) wird nochmals bis 26. Mai 1923 verlängert.

Am 11. Mai stellt die Stadtkämmerei fest, dass 3.181 Hunderter und 8.407 Fünfhunderter eingelöst worden sind. Der Rest (1.819 bzw. 593 Stück) wird überwiegend von Sammlern zurückgehalten. Auch nach der

51 Ein Teil der 500-Mark-Scheine trägt stellvertretend die Unterschrift des 2. Bürgermeisters Leonhard Vogel.
52 Die in den Akten eingehefteten Muster und Probedrucke sind später aus den Akten verschwunden.
Bei den 100-Mark-Scheinen fehlen wegen eines Defekts der Nummeriermaschine die Ausgabenummern 2.401-2.500.
Ausgeliefert werden zu 100 Mark die Nummern 1-24.00 und 2.501-5.000 (= 4.900 Stück) sowie zu 500 Mark die Seriennummern 1-9.700).
53 Die Herstellungskosten liegen inflationsbedingt schon bei 242.000 Mark (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/3).

Einziehung werden noch Notgeldscheine an Sammler verkauft, allerdings zum Nennwert, weil sie, wie der Stadtmagistrat feststellt, *„ihrer künstlerischen Ausführung wegen sehr gesucht sind“*.

Abb. 17: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 1 Million Mark, datiert auf den 14. August 1923.

Notgeldscheine zu 500.000 und 1 Million Mark vom 14. August 1923

Am 14. August 1923 entscheidet der Stadtrat, wegen der angespannten Lage auf dem Geldmarkt, weitere Notgeldscheine (im Wert von 40 Milliarden Mark) auszugeben. Am Tag darauf erteilt der Reichsfinanzminister telegrafisch die Genehmigung.

Abb. 18: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 250.000 Mark, datiert auf den 23. August 1923.

Damit *„nächsten Samstag die Löhne aller städt. Arbeiter rechtzeitig ausbezahlt werden können“*, werden zwei örtliche Druckereien beauftragt: die Druckerei Rascher

Abb. 19: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 2 Millionen Mark, datiert auf den 23. August 1923.

(20.000 Scheine zu 500.000 Mark, Format 10,6 x 17,2 cm, vgl. Abb. 16) und Braun & Elbel (30.000 Scheine zu 1 Million Mark, Format 10,0 x 19,5 cm, vgl. Abb. 17).[54] Alle werden vom Bürgermeister oder dessen Vertreter sowie vom Stadtkämmerer eigenhändig unterschrieben. Die Ausgabe beginnt wirklich schon am Freitag, 17. August 1923.

Die erhaltenen Exemplare zeigen bei den großen Scheinen kleine Unterschiede (Ornamente und Größe der Seriennummer, d. h. der Druck muss auf mindestens zwei unterschiedlichen Platten erfolgt sein).[55]

Neues Notgeld vom 23. August 1923

Die Nachfrage ist so groß[56], dass sich der Stadtrat am 23. August 1923 gezwungen sieht, weitere 40 Milliarden Mark in Scheinen zu 250.000 Mark (10.000 Stück bei Braun & Elbel, Format 19,0 x 11,0 cm, vgl. Abb. 18) und 2 Millionen (20.000 Stück bei der Druckerei M. Scheu[57], Format 9,0 x 13,0 cm, vgl. Abb. 19) drucken zu lassen und auszugeben.

Wieder kommen die Genehmigungen des Reichsfinanzministeriums (20. August) und des Bayerischen Innenministeriums (25. August) erstaunlich schnell.

Eine zweite Serie (Antrag vom 6. September) wird vom Reichsfinanzministerium anfangs, am 10. September, nicht genehmigt, weil *„nach Auskunft der Reichsbank … zurzeit ein Mangel an Reichsbanknoten nicht mehr“* besteht. Eine Woche später, am 19. September, wird die Zweitausgabe dann doch zugelassen.[58]

54 Georg Rascher betrieb seine Druckerei (Wochenblatt) ab 1877 im Anwesen Nürnberger Straße 9 (bis 1950); Braun & Elbel besteht seit 1891 in der Wildbadstraße 16/18.
55 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4.
56 In den Akten (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4) findet sich eine Beschwerde der Gold- und Silbertressenfabrik Heinrich Schmuck vom 17. August 1923, weil sie von der Auflage keine Scheine bekommen hat und sich deshalb von der Arbeitervertretung Vorwürfe gefallen lassen muss – und gleichzeitig hätte heute die Firma Stollberg städtische Notgeldscheine bekommen.
57 Michael Scheu betrieb von 1903 bis 1938 eine Druckerei im Haus Martin-Luther-Platz 5.
58 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4.

Notgeld zu 5 Millionen vom 13. September 1923

Am 13. September wird im Stadtrat festgestellt, dass bisher alles Notgeld bis auf einen Rest von 14 Milliarden Mark ausgegeben und, entgegen der Ansicht des Finanzministeriums, nochmals Notgeld von 40 Milliarden Mark, und zwar in Scheinen zu 5 Millionen Mark, nötig ist. Die Verwaltung wird ermächtigt, neue 5-Millionen-Scheine drucken zu lassen und bei Bedarf eine zweite Serie nachzuschieben.

Gedruckt werden 8.000 Scheine (Format 8,4 x 14,4 cm) in Weißenburg bei M. Scheu (mit kleinem Überdruck, denn einer der erhaltenen Scheine trägt die Seriennummer 8011) und mit Datum vom 13. September – trotz fehlender Genehmigung – ausgegeben (vgl. Abb. 20).

Am 14. September erneuert die Stadt ihre Genehmigungsanträge zur Ausgabe von Notgeldscheinen, *„ohne die … ein geordneter Wirtschaftsbetrieb unmöglich ist“*. Endlich, am 19. September, erlaubt das Reichsfinanzministerium den Druck der zweiten Auflage zu 40 Milliarden (Scheine zu 250.000 und 2 Millionen) sowie die 40 Milliarden in 5-Millionen-Scheinen. Es ist bezeichnend für die Brisanz und das rasante Tempo, dass am Tag darauf (20. September) das Bayerische Innenministerium unter Hinweis auf die schon überholte Ablehnung des Reichsfinanzministers seine Zustimmung verweigert.

Gutscheine zu 5 Millionen vom 18. September 1923

Die am 14. September auch beantragte Ausgabe einer zweiten Serie von 5-Millionen-Scheinen geht irgendwie unter oder die Genehmigung des Finanzministeriums wird missverstanden. Mit Datierung auf den 18.

Abb. 20: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 5 Millionen Mark, datiert auf den 13. September 1923.

September 1923 gibt die Stadt nämlich weitere 40 Milliarden in 5 Millionen-Scheinen (Format 8,0 x 12,1 cm, Vgl. Abb. 21) aus. Gedruckt werden sie diesmal bei Braun & Elbel.[59]

Wenig später kommt ein Erlass des Bayerischen Innenministeriums vom 5. Oktober 1923, worin mit Strafen bei Geldausgabe ohne Genehmigung gedroht wird. In beiden Tageszeitungen lässt der Stadtrat am 13. Ok-

59 Bürgermeister Danler notiert auf ein Rundschreiben des Bayerischen Städtetags vom 20. September, die Scheine *„sind nun auch heraus“* (StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4).

Abb. 21: Vorder- und Rückseite der Notgeldscheine zu 5 Millionen Mark, datiert (Erstausgabe) auf den 18. September 1923, mit Aufdruck vom 6. November erhöht auf 100 Milliarden. Deutlich erkennbar ist der unterschiedliche Erhaltungszustand zwischen dem kurzfristigen Umlauf (unten) und der durch Erhöhung erfolgten Neuausgabe (oben).

tober verkünden, dass das davon eindeutig betroffene Firmennotgeld als nicht genehmigt sofort einzuziehen ist. Aber auch die neuesten 5-Millionen-Scheine mit Datum vom 18. September sind betroffen und müssen eingezogen bzw. innerhalb von vier Wochen bei der Stadtkasse eingelöst werden. Alle anderen städtischen Notgeldscheine bleiben im Umlauf.

Milliardenscheine durch Aufdruck vom 26. Oktober 1923

Am 26. Oktober 1923 beschließt der Stadtrat *„wegen Mangel an Zahlungsmitteln … nach und nach“* weitere Notgelder auszugeben, und zwar 10- und 50-Milliarden-Scheine im Gesamtwert von bis zu 100 Billionen.

Die Ausgabe erfolgt am 31. Oktober. Hierzu werden die im Mai 1923 eingezogenen Scheine zu 100 (3.025 Stück) und 500 Mark (5.600 Stück) verwendet, mit einem Überdruck (Buchdruckerei Scheu) auf den aktuellen Nennwert erhöht und nochmals von Bürgermeister (bzw. seinem Stellvertreter) und Kämmerer unterschrieben (vgl. Titelseite sowie Abb. 14, 15).

Beantragt wird am 4. November die Ausgabe von insgesamt 300 Billionen. Als Antwort trifft am 8. November ein Telegramm des Reichsfinanzministeriums ein: *„Kann Notgeldausgabe nicht genehmigen da Reichsbankdirektion erklärt alle Anforderungen zu befriedigen. Bei dringender Zahlungsmittelknappheit wendet euch direkt an Reichsbankdirektorium Geldverteilungsstelle.“* Am 11. November kommt dann doch ein Telegramm mit der Zustimmung.[60]

60 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4.

Weitere Milliardenscheine durch Aufdruck auf 100 Milliarden vom 6. November 1923

Am 6. November 1923 schiebt die Stadt einen Genehmigungsantrag zur Ausgabe von Scheinen mit einem Nennwert von 100 Milliarden (insgesamt 400 Billionen) nach.

Die eingezogenen 5-Millionen-Scheine vom 18. September 1923 werden durch Aufdruck (durch die Druckerei Braun & Elbel) unter der Datierung vom 6. November auf den neuen Wert erhöht (vgl. Abb. 21).

Das Reichsfinanzministerium verweigert auch dazu telegrafisch am 8. November seine Zustimmung, erklärt diese dann aber doch am 14. November.[61]

Scheine zu 200 Milliarden vom 7. November 1923

Am 11. November 1923 erneuert die Stadt nicht nur den Antrag für die aufgewerteten Scheine zu 100 Milliarden, sondern beantragt gleichzeitig (Stadtratsbeschluss vom 7. November) die Ausgabe von weiteren 500 Billionen in Scheinen zu 200 Milliarden (vgl. Abb. 22).

In dem Schreiben an das Reichsfinanzministerium wird der Ärger über die Reichsbank klar ausgesprochen: *„Die Konstatierung des Reichsbankdirektoriums ist der reinste Hohn gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie bei uns herrschen ... Das Finanzamt Weißenburg zahlte unseren letzten Zuschuß zur Auszahlung der Beamtengehälter aus der Reichseinkommensteuer mit lauter Notgeldern der Stadt Nürnberg aus ... Das hiesige Postamt ersuchte uns dringend am 2. Nov. um Überlassung von Stadtnotgeld, um auszahlen zu können. Die Holzgroßhandlung M. Boll hier stelle uns am 7. dieses Monats vor die Alternative um Überlassung von 70 Billionen oder Schließung ihres Betriebes mit 78 Arbeitern, da es ihr unmöglich sei, zur Zahlung der Löhne von den Banken diese Summa erhalten zu können. Die Firmen Gebr. Auernhammer hier mit 120 Arbeitern verlangte am 10. dieses Monats 100 Billionen Stadtnotgeld aus dem gleichen Grunde...“*

Abb. 22: Der neue Notgeldschein zu 200 Milliarden, datiert 7. November 1923, ist nur noch einseitig bedruckt.

Noch am gleichen Tag (7. November) beschließt der Stadtrat den sofortigen Druck von 2.500 Stück 200-Milliarden-Scheinen bei Braun & Elbel (Format 8,4 x 14,4 cm; Auftragserteilung am 13. November).

Scheine zu 500 Milliarden vom November/Dezember 1923

Den Höhepunkt erreicht die Geldknappheit im November/Dezember 1923 mit der Ausgabe von Notgeldscheinen zu 500 Milliarden. Mit Telegrammen vom 12. und 16. November 1923 genehmigt das Reichsfinanzministerium die Ausgabe.

Eine erste Serie (Druckerei Braun & Elbel, Format 8,4 x 10,7 cm) trägt das Datum des 7. November. Ausgegeben werden davon 2.000 Stück (vgl. Abb 23, links oben).

61 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4.

Eine zweite Serie (2.000 Stück der Druckerei M. Scheu, Format 7,0 x 13,5 cm) trägt das Datum vom 15. November, ist aber laut Vermerk vom 12. November schon ausgegeben (vgl. Abb 23, links unten).

Die dritte Serie (2.000 Stück, Druckerei G. Rascher, Format 8,4 x 14,2 cm) trägt ebenfalls das Datum vom 15. November, ist aber laut Vermerk vom 12. November auch schon ausgegeben (vgl. Abb 23, rechts oben).

Eine vierte Serie (Format 8,4 x 14,2 cm, Druckerei G. Rascher, vgl. Abb 23, rechts unten) trägt erstaunlicherweise das Datum vom 4. Dezember – ein Zeitpunkt, zu dem man bereits an die Ausgabe von Goldmarkgutscheinen ging. Dazu passt die Notiz, wonach die Stadt in der *„allerletzten Zeit“* weitere 7.000 Billionen Mark nachbestellt und zum Teil auch schon ausgegeben hat, *„um uns der Ausgabe von wertbeständigem Notgeld zuwenden zu können“*. [62]

Goldmarkscheine

Ab November 1923 sind Überlegungen erkennbar, ähnlich wie in Nürnberg wertbeständiges Papiernotgeld zu drucken. Der Stadtrat beschließt am 27. November einstimmig den Druck von wertbeständigem Notgeld in künstlerischer Ausführung. Mit der Herausgabe soll jedoch so lange wie möglich gewartet und das bisherige Papiernotgeld in Umlauf gelassen werden. Man plant die Ausgabe von je 10.000 Stück zu 10 Pfennig, 50 Pfennig und 1 Mark. In Auftrag gegeben werden dann, am 30. November 1923, nur 12.000 Scheine zu 50 Goldpfennig (Format 6,2 x 12,0 cm) und 10.000 zu 1 Goldmark (Format 6,4 x 12,0 cm) bei der Graphischen Kunstanstalt Jos. C. Huber in Diessen (vgl. Abb. 24).

Am 5. Dezember endlich liegt die Erlaubnis zur Ausgabe der Goldmarkscheine zum Wert von 16.000 Goldmark vor. Eine Goldmark wird zu der Zeit (Stand 20.11.1923) mit 1 Billion Papiermark gehandelt.

Ab Dezember wird im Handel bzw. im täglichen Gebrauch zunehmend in Goldmark gerechnet, meist mit vergleichendem Hinweis auf Papiergeld. So wirbt das Volksbildungswerk durch Zeitungsanzeige für einen Vortrag am 12. Dezember und setzt Eintrittspreise fest mit *„100 Milliarden Mark gleich 10 Pfennig“*.

Laut Stadtratsbeschluss vom 18. Dezember 1923 dienen die Goldmarkscheine *„in erster Linie zum Einzug des alten Papiernotgeldes, dann zur Auszahlung von Gehältern und Löhnen etc. an Beamte und Arbeiter“*.

Zwei Monate später, am 15. Februar 1924, wird die Einlösung des *„wertbeständigen Notgeldes“* (Goldmark) zum 25. Februar 1924 angeordnet. Als Stichtag wird in Weißenburg der 25. März 1924 ausgeschrieben.[63]

Rückruf der Notgeldscheine

Man muss natürlich davon ausgehen, dass sich die Stadt immer korrekt an die Vorgaben gehalten und die Genehmigungen eingeholt hat, auch wenn diese teilweise erst mit Verspätung eingelaufen oder in der Hektik der Zeit nicht in die Akten abgelegt worden sind.

Eine interessante Auflistung [64] nennt für Ende November 1923 als Stand des Weißenburger Notgeldes:

- zur Ausgabe genehmigt: 6.495.372 Milliarden Mark,
- tatsächlich ausgegeben: 6.495.250 Milliarden,
- am 25.11. noch im Umlauf: 6.495.250 Milliarden und
- gedeckt (durch ein Sperrkonto bei der Bayerischen Staatsbank: 30 Milliarden Mark.

62 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/5.
63 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/5.
64 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4.

Ausgegeben sind (Übersicht vom 22. November 1923):
- 120 Milliarden Mark in kleineren Scheinen;
- 30.250 Milliarden in 10-Mrd.-Scheinen;
- 415 Billionen Mark in 50-Mrd.-Scheinen, Scheu;
- 400 Billionen (100-Mrd.-Scheine), Braun & Elbel;
- 500 Billionen (200-Mrd.-Scheine), Braun & Elbel;
- 3.000/2.000/3.000 Billionen Mark (jeweils 500-Mrd.-Scheine), Rascher, Braun & Elbel und Scheu;

Insgesamt sind das 8.345.370 Billionen Mark.

Am 19. Februar 1924 bestätigt die Bayerische Staatsbank, dass von dem Weißenburger *„Papiermark-Notgeld“* noch immer 12.000 Billionen in Umlauf sind.

Am 5. März wird auch hier, gesetzeskonform, das Papiernotgeld innerhalb von vier Wochen (5. April 1924) eingezogen und zuletzt (Entschließung des Reichsfinanzministeriums vom Juni 1924) für ungültig erklärt.

Die eingezogenen Weißenburger Scheine werden später an Sammler verkauft, bis die Stadtverwaltung

Abb. 23: Die letzten Notgeldscheine zu 500 Milliarden Mark vom November 1923; auch sie sind nur einseitig bedruckt.

im Jahr 1929 feststellt, *„daß unsere Notgeldscheine vergriffen sind“*.[65] In den Sammlungen des Stadtarchivs hat sich ein mehr oder weniger großer Rest der städtischen Ausgaben erhalten.

Auf eine Darstellung aller Ausgaben, also mit nur marginalen Unterschieden, muss hier aus Platzgründen verzichtet werden.

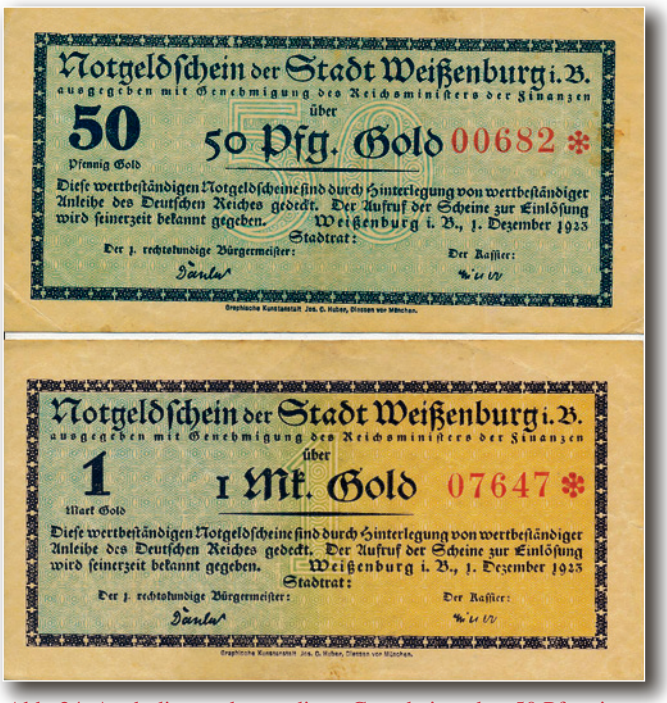


Abb. 24: Auch die wertbeständigen Gutscheine über 50 Pfennig und 1 Mark Gold sind nur einseitig bedruckt.

Notgeldscheine Weißenburger Firmen im Jahr 1923

Im Weißenburger Finanzausschuss wird am 30. August 1923 berichtet, dass auch viele Firmen und Geschäftsleute eigenes Notgeld ausgeben, weil die Reichsbank die benötigten Zahlungsmittel nicht rasch genug herbeischaffen kann. Da allerdings Gefahr besteht, dass die Notgeldscheine nicht gedeckt sind, werden die städtischen Kassen angewiesen, keine Notgeldscheine von Privaten anzunehmen. Das ist wohl der Grund dafür, dass sich in den städtischen Sammlungen nur wenige Ausgaben erhalten haben.

Das Reichsfinanzministerium droht im Oktober mit Strafen bei Geldausgabe ohne Genehmigung. In beiden Tageszeitungen lässt der Stadtrat am 13. Oktober verkünden, dass das Firmennotgeld als nicht genehmigt sofort einzuziehen ist.

Vom 19. Oktober 1923 datiert eine interessante Aufstellung der Stadtpolizei über das von den hiesigen Firmen ausgegebene Notgeld mit der jeweiligen Feststellung, wie viel ausgeben wurde und ob es gedeckt ist oder nicht. Bei allen Firmen ist die fehlende Genehmigung notiert. Genannt sind folgende Firmen: die Gold- und Silbermanufakturen Gebrüder Aurnhammer (vgl. Abb. 25), Sternecker, Anselm & Wünsch, Fürst & Bender, Tröltsch & Hanselmann (vgl. Abb. 26), Hausen & Hermann Schmuck, Raab, Stollberg und Heinrich Schmuck (vgl. Abb. 27), die Brauerei Schneider (vgl. Abb. 28), das Baugeschäft Karl & August Lang (vgl. Abb. 29), die Ofenfabrik Wilhelm Böttcher (vgl. Abb. 30 und Titelseite), die Oberrheinische Dampfsäge- und Hobelwerke Offenburg (Baden) Werk Weißenburg i. B. (OSO, vgl. Abb. 11), die Emailfabrik Staudinger & Müller (vgl. Titelseite), die Firma Oechsler & Sohn sowie die Weißenburger Marmorbrüche (vgl. Abb. 31).

65 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/5.

Abb. 25: Vorder- und Rückseite eines Notgeldscheins der Firma Aurnhammer über 5 Millionen Mark (Format: 10,3 x 19,3 cm), datiert auf 24. August 1923 (Foto: Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung München).

Die von den Betrieben ausgegebenen Summen reichen von 50 Millionen (Oechsler) bis zu 50 Milliarden (Aurnhammer). Die Gutscheine der Brauerei Schneider und der Firma Heinrich Schmuck werden als *„nicht gedeckt“* bezeichnet.[66]

Die zeitliche Reihenfolge der Ausgaben beginnt schon 1922. Ein vollständiger Überblick über alle ausgegebenen Werte (sie liegen zwischen 100.000 und 10 Millionen Mark) ist an dieser Stelle nicht möglich.

66 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/4.

Abb. 26: Formloser Gutschein der Gold- und Silbertressenfabrik Tröltsch & Hanselmann über 5 Millionen Mark (Format: 12,1 x 17,6 cm), datiert auf 31. August 1923.

Abb. 27: Formloser Gutschein der Gold- und Silbertressenfabrik Heinrich Schmuck über 200.000 Mark, (Format 10,7 x 17,0), datiert auf 22. August 1923.

Abb. 28: Vorder- und Rückseite eines Notgeldscheins der Brauerei Schneider über 300.000 Mark (Format 10,4 x 14,7 cm), datiert auf August 1923 (Foto: Privatbesitz).

Abb. 29: Vorder- und Rückseite eines Notgeldscheins des Baugeschäfts Karl & August Lang über 10 Millionen Mark, (Format 9,5 x 16,1 cm), datiert auf 25. August 1923.

Abb. 30: Vorder- und Rückseite eines Notgeldscheins der Ofenfabrik Böttcher über 1 Million Mark (Format 9,8 x 16,1 cm), datiert auf 1. September 1923 (Foto: Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung München).
Die Ofenfabrik hat in einer früheren Ausgabe (24. August) ein anderes Bildmotiv (Stadtansicht) verwendet (vgl. Titelbild).

Abb. 31: Vorder- und Rückseite eines Notgeldscheins der Weißenburger Marmorbrüche über 1 Million Mark (Format 10,4 x 17,0 cm), datiert auf 17. August 1923.

Abb. 32: Vorder- und Rückseiten des runden Wülzburger Lagergelds zu 5, 10 und 50 Einheiten (= Pfennige) sowie der achteckigen Münzen zu 100 und 500 Einheiten (= 1 und 5 Mark, unten).

67 StadtA Wßbg., Rep. III 1605/2.

Notgeld des Offiziersgefangenenlagers Wülzburg

Am 14. November 1918 bietet die Leitung des in Auflösung begriffenen Offiziersgefangenlagers Wülzburg der Stadt ihr Lagergeld zur Übernahme an, und zwar sowohl Münzen (5, 10 und 50 Pfennig, 1 und 5 Mark, vgl. Abb. 32) als auch Papiergeld (vgl. Abb. 33). Der Magistrat will das Hartgeld zum Herstellungspreis annehmen, für Papiergeld sieht er keine Verwendung. Angeboten werden am 20. Dezember 1918 3.495 Münzen zu 5 Pfg., 4.654 (10 Pfg.), 1.908 (50 Pfg.), 2.931 (1 Mark) und 3.908 (5 Mark) zum Preis von 200 Mark.[67]

Die Abgabe an die Stadt verzögert sich. Am 19. November 1918 schreibt die Lagerverwaltung, dass wieder 90 Offiziere im Lager eingetroffen sind und das Hartgeld doch noch gebraucht wird. Am 30. Dezember 1918 lehnt die Stadt schließlich die Abnahme ab, weil noch zu viel davon im Umlauf ist und deshalb ein *„zu großes Risiko“* für die Stadtkasse besteht.

Die Zinkmünzen mit Durchmessern von 19,2 bis 27,3 mm stammen aus der Prägeanstalt J. Chr. Lauer in Nürnberg. Die Vorderseiten tragen einheitlich die Umschrift *„OFFIZIER-GEFANGENENLAGER WÜLZBURG“* und die Zahl der Einheiten, die Rückseite nur die Zahl der Einheiten.

Im Gegensatz zu den Münzen, von denen Exemplare hier schon länger bekannt sind, war der Nachweis der Papiergeldscheine des Offiziersgefangenenlagers bislang unbekannt. Diese Gutscheine sind, auf qualitativ hochwertigem Papier, einseitig bedruckt und durchgängig gestempelt mit *„Kantinenverwaltung des Gefangenenlagers Wülzburg b. Weissenburg i. Bay.“* Der Aufdruck *„Kein öffentliches Zahlungsmittel“* bestätigt, dass das Geld nur innerhalb des Gefangenenlagers gültig sein soll, aber die mit großen Freiheiten ausgestatteten Gefangenen kaufen damit auch in der Stadt ein.

Für die Unterstützung und Bereitstellung von Bilddateien zu Notgeldscheinen Weißenburger Firmen und insbesondere des Offiziersgefangenenlagers Wülzburg gilt ein großer Dank Herrn Leonard Königer, Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung, München.

Abb. 33: Ausgaben der Papiergeldscheine des Offiziersgefangenenlagers Wülzburg, datiert auf 1. Februar 1917. (Fotos: Giesecke+Devrient Stiftung Geldscheinsammlung München).

Formate: 5 Mark: 6,0 x 11,0 cm;
10 Mark: 6,6 x 11,8 cm;
20 Mark: 6,8 x 12,6 cm;
50 Mark: 8,0 x 12,6 cm;
100 Mark: 8,0 x 13,8 cm.

- Anzeige -

Stadtwerke Weißenburg

Ihr Ansprechpartner vor Ort

- **Beraten mit den Stadtwerken Weißenburg:**
  Wir sind Ihr zuverlässiger Partner für die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser!
- **Aktiv mit den Stadtwerken Weißenburg:**
  Besuchen Sie unser Freibad mit angrenzender Minigolfanlage.
- **Regenerativ mit den Stadtwerken Weißenburg:**
  Die Umwelt liegt uns am Herzen. Deshalb betreiben wir Photovoltaikanlagen und Windräder und bieten auch für E-Mobile einen speziellen Ökostrom-Tarif an.
- **Innovativ mit den Stadtwerken Weißenburg:**
  Wir bieten schnelles Internet via Glasfaser in unserer Stadt.
- **Mobil mit den Stadtwerken Weißenburg:**
  Laden Sie Ihr E-Bike kostenfrei im Reichsstadtmuseum.
  Nehmen Sie den Stadtbus oder den Rufbus.
  Zudem bieten wir Ihnen Ladestationen im Stadtgebiet für E-Mobile.

Stadtwerke WEISSENBURG GmbH

Schlachthofstr. 19
91781 Weißenburg

Telefon 09141 999-0
Telefax 09141 999-99

www.sw-wug.de
email@sw-wug.de

Stadtwerke. Für Sie da.